



Brasilicum

Bundesweiter Zusammenschluss der Brasilien-solidarität

Aktuelle Nachrichten aus Brasilien

Eine Initiative des "Runder Tisch Brasilien".

herausgegeben von: Kooperation Brasilien e.V.

Unternehmen außer Kontrolle?

Haben Sie diese Ausgabe des Brasilicums als pdf-Version erhalten, ohne bei KoBra abonniert zu haben? Dann bestellen Sie es doch bitte bei uns. Ihr Abo hilft uns, diese wichtige Arbeit auch in Zukunft fortzusetzen.



September/Oktober 2010 Nr. 198/199

Die Innenseiten dieser Broschüre sind auf Recyclingpapier gedruckt.

Der Runde Tisch Brasilien ist ein Zusammenschluss der Brasilien-solidarität (siehe Umschlagsseite hinten)

Die Innenseiten dieser Broschüre sind auf Recyclingpapier gedruckt.

Unternehmen außer Kontrolle?

Das Brasilien-Engagement von Multis aus dem deutschsprachigen Raum

In Brasilien sind zahlreiche multinationale Unternehmen aus dem deutschsprachigen Raum vor allem in der (Agro)Chemie-, Pharma- und Elektro-industrie sowie im Maschinenbau tätig. Siemens, Voith, ThyssenKrupp, Bayer und Syngenta sind nur einige von ihnen. Mit ihrer Tätigkeit in Brasilien ist nicht nur Geschäft, sondern auch eine Verantwortung für die Folgen ihrer Aktivitäten für die Menschen vor Ort verbunden.

Diese Ausgabe des Brasilicum stellt verschiedene Ansätze, Unternehmen in die Verantwortung zu nehmen, kurz vor. Dabei geht es zum einen um freiwillige Unternehmensverantwortung, zum anderen um Versuche, Mutterunternehmen hier für die Aktivitäten ihrer Töchter im Ausland juristisch haftbar zu machen. Ferner gehen wir auf Bemühungen ein, staatliche Handlungsverpflichtungen im Land des Unternehmenssitzes bei Menschenrechtsverletzungen durch Multis international zu etablieren. In einem zweiten Teil bildet das Heft einen Schwerpunkt zu Unternehmensgeschäften in bestimmten, nicht unumstrittenen Bereichen.

Hierbei geht es um die deutsch-brasilianische Kooperation im Nuklearbereich ebenso wie um die von der Expansion des Ethanolsektors betroffenen Guarani-Kaiowá. Weitere Schwerpunkte sind der Staudambau Belo Monte, an dem auch Multis aus dem deutschsprachigen Raum beteiligt sind, und die Aktivitäten von ThyssenKrupp in der Bucht von Sepetiba. Ferner gehen wir auf die Entwicklungen des letzten Jahrzehnts in Brasilien im Hinblick auf die Ausbreitung von Gentechnik und Agrargiften ein. Abschließend werfen wir einen kurzen Blick auf Aktivitäten brasilianischer Multis in anderen Ländern und die damit verbundenen Probleme.

Diese Brasilicum-Ausgabe dient zugleich als Vorbereitungsmaterial für die TeilnehmerInnen der Tagung des Runden Tisches Brasilien vom 03.-05. Dezember 2010 in Weimar. Unser Augenmerk auf der Tagung gilt zunächst den oben genannten Ansätzen der Unternehmensverantwortung bzw. -kontrolle, um dann in Foren stärker auf die einzelnen Fälle einzugehen. Ein Ausblick geht auf die zunehmende internationale Tätigkeit brasilianischer Multis ein. Auch eine Analyse der Bedeutung der Wahlergebnisse für die sozialen Bewegungen in Brasilien darf auf der Tagung natürlich nicht fehlen.

In diesem Jahr veranstalten wir zum zwanzigsten Mal das Seminar des Runden Tisches Brasilien. Auch dies wollen wir gebührend begehen!

Die vorgestellten Texte bilden eine Grundlage für die Auseinandersetzung auf der Tagung und können natürlich nur einen ersten Einblick in die Themen bieten. Wir laden an dieser Stelle alle Leserinnen und Leser des Brasilicum ein, an der Tagung des Runden Tisches Brasilien teilzunehmen. Übrigens: Weitere Artikel zu den Themen finden sich auf der KoBra-Website unter: KoBra-Veranstaltungen, RTB 2010 (rechts klicken).

Wir wünschen eine angenehme Lektüre!



Kooperation Brasilien e.V.

KoBra e.V. ist ein Brasilien-Netzwerk im deutschsprachigen Raum mit etwa 90 Mitgliedern. Dazu gehören Vereine, Arbeitsgruppen, Hilfsorganisationen wie auch Einzelpersonen. Sie kommen aus Gewerkschaften, Kirchen, Universitäten, der Umweltbewegung, der Menschenrechtsarbeit und der Entwicklungspolitik. KoBra wurde 1989 auf einem bundesweiten Treffen in Freiburg gegründet und besteht seit 1992 als eingetragener Verein. Wir leisten Öffentlichkeitsarbeit, nehmen politischen Einfluss und unterstützen Initiativen in Brasilien. Unser Anliegen ist es, die Stimmen der sozialen Bewegungen Brasiliens hier hörbar zu machen. Wir mischen uns für eine gerechtere Welt ein – in Brasilien und auch bei uns! Weitere Infos zu uns und über Brasilien: www.kooperation-brasilien.org.

Kontakt: Kooperation Brasilien, KoBra e.V., Kronenstraße 16a, 79100 Freiburg, Telefon: 0761-6006926, Fax: -28, E-Mail: info@kooperation-brasilien.org

Runder Tisch Brasilien

Der Runde Tisch Brasilien ist ein Zusammenschluss von fünfzehn Organisationen, die entwicklungspolitisch mit sozialen Bewegungen in Brasilien zusammenarbeiten (siehe hintere Umschlagseite). Er ist sowohl in der Bildungsarbeit, als auch in der Lobbyarbeit aktiv. Im Auftrag des Runden Tisches Brasilien richtet KoBra jährlich im November bzw. Dezember die größte regelmäßige Brasilientagung der deutschen Solidaritätsszene mit jeweils mehr als hundert TeilnehmerInnen aus. Die Tagung findet in diesem Jahr zum 20. Male statt. Darüber hinaus produziert der Runde Tisch Brasilien Bildungsmaterialien wie das vorliegende Heft zum jeweiligen Tagungsschwerpunkt und organisiert Gespräche brasilianischer VertreterInnen der sozialen Bewegungen mit hiesigen politischen EntscheidungsträgerInnen. Seit 1993 bringt KoBra für den Runden Tisch Brasilien zehn Mal jährlich das Brasilicum heraus.

Kontakt über KoBra: info@kooperation-brasilien.org

KoBra und der Runde Tisch Brasilien danken dem DED für die Übernahme der Reisekosten von Antônia Melo von der Fundação Viver, Preservar e Produzir (FVPP) zur Tagung „Unternehmen außer Kontrolle?“.



INHALTSVERZEICHNIS

BRASILIEN NACH DEN WAHLEN	6
KandidatInnen gehen in die zweite Runde	6
UNTERNEHMENSVERANTWORTUNG UND EXTRATERRITORIALE STAATENVERPFLICHTUNGEN	7
Soziale und ökologische Unternehmensverantwortung	7
Der Round Table on Sustainable Biofuels (RSB)	10
Zertifizierung von Biomasse vs.	11
Zertifizierungen geben keine Garantie	12
Rechte für Menschen: Jede Stimme zählt!	14
Extraterritoriale Staatenverpflichtungen	16
DEUTSCH-BRASILIANISCHE NUKLEARKOOPERATION	18
Angra – von der Feuergöttin zum nuklearen Zentrum	18
Deutsche Regierung vertraut brasilianischem Sicherheitsgutachten	19
Soziale Bewegungen mobilisierten gegen Übernahme der Hermesbürgschaft	20
INVESTITIONEN IN AGROTREIBSTOFFE UND DIE SITUATION DER GUARANI-KAIOWÁ	22
Demarkation indigenen Landes muss von der Regierung bestätigt werden	22
FIAN International zur Situation der Guarani-Kaiowá	23
Ausländische Konzerne in brasilianischer Ethanolbranche	24
Shell involviert in Streit um Landraub	24
Einschränkung ausländischer Landkäufe	26
THYSSENKRUPP: EIN DEUTSCHER STAHLGIGANT IN RIO	26
BELO MONTE: ZERSTÖRERISCHE "GRÜNE" ENERGIE	29
GENTECHNIK OHNE ENDE	33
EXPANSION BRASILIANISCHER UNTERNEHMEN IN ANDERE LÄNDER	38
Expansion brasilianischer Unternehmen in andere Länder	38
Gefahr des Agrarkolonialismus – Dreiecksgeschäfte für Biosprit	39

Portugiesische Originaltexte aus diesem Heft finden sich auf der KoBra-Website unter: KoBra-Veranstaltungen, RTB 2010 (rechts klicken). Hier sind auch noch weitere ergänzende Artikel zur Vorbereitung auf die Tagung zu finden.

Textos originais em português estão no site da KoBra no menu: KoBra-Eventos, RTB 2010 (menu à direita). Neste link estão também outros artigos sobre o tema do evento.



KandidatInnen gehen in die zweite Runde

Dilma Rousseff und José Serra gehen in Stichwahl um das Präsidentenamt in Brasilien. Starkes Votum in Rio gegen Mafiamilizen

VON CHRISTIAN RUSSAU FÜR: AMERIKA 21.DE, 04.10.2010, [HTTP://AMERIKA21.DE/NACHRICHTEN/2010/10/14977/STICHWahl-BRASILIEN](http://AMERIKA21.DE/NACHRICHTEN/2010/10/14977/STICHWahl-BRASILIEN)

Nach Auszählung von 99,99% der abgegebenen Stimmen nach der Präsidentschaftswahl in Brasilien am 03. Oktober entfielen 46,9% auf die Kandidatin der aktuell regierenden Arbeiterpartei (PT), Dilma Rousseff. Damit hat Rousseff die absolute Mehrheit um 3,1 Prozentpunkte verfehlt. Während 18% der WählerInnen trotz Wahlpflicht und somit drohender Strafzahlungen nicht zur Wahl gingen, entschieden sich 5,51%, den Wahlzettel als ungültig auszufüllen ("*voto nulo*"), während 3,13% die Wahlzettel leer ließen ("*voto em branco*").

Am 31. Oktober wird es nun zur Stichwahl um die Präsidentschaft in Brasília kommen. Dilmas Konkurrent von der rechtssozialdemokratischen PSDB (*Partido da Social Democracia Brasileira*), José Serra, erhielt im ersten Wahlgang 32,61% der gültigen Stimmen. Serra war bereits im Jahre 2002 Präsidentschaftskandidat der PSDB gewesen. Damals hatte er in der Stichwahl gegen Luiz Inácio Lula da Silva verloren. Präsident Lula darf nach nunmehr zwei Amtszeiten nicht mehr kandidieren. Nach der nun folgenden Legislaturperiode dürfte Lula im Jahre 2014 aber erneut aufgestellt werden.

Aktuellen Meinungsumfragen zufolge wird Dilma Rousseff die nun anstehende Stichwahl gewinnen. Entscheidend könnte aber nun die Frage werden, wer

von den beiden verbliebenen KandidatInnen die Stimmen der beim ersten Wahlgang drittplatzierten Marina Silva gewinnt. Die ehemalige Umweltministerin der Regierung Lulas und Ex-Senatorin hatte beachtliche 19,33% auf sich vereinigen können. Marina Silva war im Jahre 2008 überraschend als Umweltministerin zurück- und später auch aus der Arbeiterpartei (PT) ausgetreten, um sich der Grünen Partei (PV) anzuschließen.

Neben der Abstimmung über das PräsidentInnenamt wurde auch über zwei Drittel aller Senatsposten, die Besetzung der Parlamente der Bundesstaaten sowie deren GouverneurInnen entschieden. Bei den Parlamentswahlen im Bundesstaat Rio de Janeiro kam es zu einer faustdicken Überraschung. Der Abgeordnete Marcelo Freixo von der linken Partei für Sozialismus und Freiheit (PSOL, *Partido Socialismo e Liberdade*) konnte sein Ergebnis gegenüber dem Jahr 2006 mit über 177.000 Stimmen mehr als verfünzfachfachen. BeobachterInnen werten dies als "starkes Votum" der Bevölkerung Rios gegen die Umtriebe der berüchtigten Mafiamilizen. Freixo hatte als Vorsitzender der parlamentarischen Untersuchungskommission zu den Paramilitärs im Bundesstaat Rio de Janeiro maßgeblich dazu beigetragen, dass mehr und mehr enttarnte Milizionäre, unter ihnen auch ehemalige Landtagsabgeordnete, also KollegInnen von Freixo, im Gefängnis landeten. Mehrere Mordanschläge auf Freixo wurden in letzter Minute vereitelt. Freixo steht 24 Stunden am Tag unter Bewachung schwerbewaffneter Sicherheitskräfte.

Soziale und ökologische Unternehmensverantwortung

VON BARBARA UNMÜBIG, IM VORSTAND DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG, WWW.BOELL.DE/STIFTUNG/STRUKTUR/STRUKTUR-2456.HTML, BERLIN 2005, GEKÜRZT

Transnationale Unternehmen sind zu mächtigen globalen Akteuren geworden. Soziale und ökologische Unternehmensverantwortung sowie Unternehmenshaftung sind die notwendigen Antworten darauf. Umstritten ist, ob es dafür zuallererst staatlicher und zwischenstaatlicher Regelungen bedarf, oder ob freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaft ausreichen.

Um zwischenstaatliche international verbindliche Regeln hat sich die UNO jahrzehntelang bemüht. Ihren Versuch, unternehmerisches Handeln entlang von Sozial-, Menschenrechts- und Umweltstandards in einem verbindlichen Verhaltenskodex für Transnationale Unternehmen zu verankern, hat sie Anfang der 90er Jahre aufgegeben. UN-Generalsekretär Kofi Annan [*ehemalig, Anm. d. Red.*] setzt seit Ende der 99er Jahre auf neue multilaterale Kooperationsformen wie globale Partnerschaften und hofiert dabei vor allem die Privatwirtschaft. Kofi Annans Initiative für einen Globalen Compact zwischen UNO und Wirtschaft dokumentiert diesen neuen Kooperationsansatz der UNO.



Der Global Compact wird von seinen VerfechterInnen als Vorzeigeprojekt in Sachen unternehmerischer Rechenschaftspflicht und

sozialer Verantwortung gehandelt. Dem eigenen Anspruch nach soll der Global Compact als „wertorientierte Plattform“ durch die Vermittlung von good-practices Unternehmen dazu ermuntern, sich im Sinne der zehn Prinzipien des Global Compact zu engagieren. Er ist damit als Lern- und Dialogforum konzipiert, bei dem es um positive Beispiele und institutionelles Lernen geht.

Verhaltensvorschriften oder gar rechtsverbindliche Pflichten sind dabei logischerweise ebenso wenig vorgesehen wie unabhängige und regelmäßige Überwachungen oder gar Sanktionen. Denn es gibt neben einer Absichtserklärung zum Beitritt kaum Regelungen, gegen die ein Mitgliedsunternehmen im Global Compact verstoßen könnte. Mit der Teilnahme am Global Compact erklären die Konzerne lediglich ihre Bereitschaft, ihre Geschäftspolitiken an die zehn Prinzipien anzupassen. Dafür tun müssen sie erst mal sehr wenig. Zugleich jedoch ist den Mitgliedsunternehmen erlaubt, die Symbolkraft des durch das hohe Ansehen der UN gestützten Global Compact für ihre Vermarktungsstrategien und ihre Imagepflege zu verwenden. Die inzwischen über 1.700 Mitgliedsunternehmen, u.a. große Player wie Nike, Shell und BP, nutzen diese Möglichkeit ausgiebig, um ihre ökologische, menschenrechtliche und arbeitsrechtliche Geschäftspraxis zu „belegen“. Nach den Erfahrungen von Boykotten und erhöhter Kritikfähigkeit der Öffentlichkeit haben viele Unternehmen verstanden, dass ihre Reputation ein hohes Gut ist, das sich nicht unterschätzen lässt.

Viele zivilgesellschaftliche Organisationen und Gewerkschaften setzen genau hier mit ihrer Kritik oder grundsätzlichen Ablehnung des Global Compact an. Einigen Mitgliedern des Global Compact, wie Total oder Nike, werden

Deutsche Unternehmen in Brasilien

Deutsche Großunternehmen gibt es schon lange in Brasilien. Die kleinen und mittleren Betriebe kamen in den 90er Jahren über den Atlantik. Die deutschen Multis aus Pharma-, Chemie- und Elektroindustrie sowie traditionell exportorientierte Maschinenbauunternehmen prägen die Industrielandschaft in Brasilien. Zahlreiche Firmen, vor allem im Maschinenbausegment, gründeten dort in den 70er Jahren Produktionsstätten. Deutsche Unternehmen haben ihre Standorte vor allem im Südosten und Süden des Landes. Nach Erhebungen der Deutsch-Brasilianischen Industrie- und Handelskammer São Paulo existieren insgesamt 1.200 deutsche Firmen mit eigenen Produktionsstätten oder als Dienstleister. 900 dieser Unternehmen haben ihren Sitz im Bundesstaat São Paulo, der damit der Schwerpunkt deutscher Investitionen ist.

Aus: <http://brasilianische-botschaft.de/wirtschaft/deutsche-unternehmen-in-brasilien/>

Menschenrechtsverletzungen und die Missachtung der Sozialstandards der ILO (*International Labour Organization*) vorgeworfen. Die zehn Prinzipien des Global Compact seien schnell unterschrieben; ihre Einhaltung werde aber nicht von unabhängiger Seite überprüft. Einige NGOs wie die „*Alliance for a Corporate – Free UN*“ warnen gar vor einem Ausverkauf der Vereinten Nationen an die großen Konzerne. Statt am Gemeinwohl orientierte Interessen zu vertreten, verteile die UNO Gütesiegel und Unbedenklichkeitsstempel, ohne ernsthaft und überprüfbar Gegenleistungen und einzuhaltende Pflichten von den Unternehmen zu verlangen. Schwer wiegt auch der Vorwurf, die freiwilligen Selbstverpflichtungen des Global Compact verzögerten oder verhinderten die Aufnahme von Verhandlungen für völkerrechtsverbindliche Regelungen unter dem Dach der UNO. NGOs und Gewerkschaften fordern seit vielen Jahren in entsprechenden Kampagnen die Verankerung verbindlicher Unternehmensregeln auf globaler Ebene. Skepsis und Kritik am Global Compact sind berechtigt. Faktisch tut der Global Compact so, als sei er ein Regulierungsinstrument oder ein Verhaltenskodex. Dies ist jedoch nicht der Fall.

Die ebenfalls auf Freiwilligkeit beruhenden Leitsätze der OECD gehen da weiter.

Sie gelten immerhin für alle Unternehmen mit ihrem Sitz in den 33 OECD - Unterzeichnerstaaten und schließen arbeitsrechtliche und ökologische Themen sowie rudimentäre Beschwerde-mechanismen ein. Der Global Compact dagegen ist nicht einmal dem *soft-law* zuzuordnen.

Einige NGOs wie Amnesty International oder Oxfam sind dem Global Compact beigetreten, um ihre Kritik bzw. dessen Weiterentwicklung konstruktiv von innen heraus voranzutreiben. Der Global Compact braucht mehr Transparenz (Informationspflichten) und vor allem einen unabhängigen Überwachungs- und Beschwerdemechanismus mit Sanktionsmöglichkeiten bei Nichteinhaltung. Ein erster positiver Schritt: Mitgliedsunternehmen dürfen schriftliche Beschwerden über ein anderes Mitglied einreichen, das nicht im Sinne der Prinzipien des Global Compact agiert hat. Glaubwürdigkeit und Integrität für den Global Compact wird es nur geben, wenn das eigene Instrumentarium und die Governance-Mechanismen weiter entwickelt werden. Nur dann sollten die Mitgliedsunternehmen den Prestige-Bonus des Global Compact in Anspruch nehmen dürfen. Mitgliedsunternehmen positionieren sich dazu keinesfalls einheitlich. Während manche eine solche Entwicklung definitiv verhindern wollen, befürworten andere strengere Regeln.



Unübersehbar ist, dass Unternehmenslobbies, bspw. die einflussreiche International Chamber of Commerce und große transnationale Konzerne, jegliche Verbindlichkeit im Rahmen des Global Compact ablehnen und national wie international großen Druck auf die Regierungen ausüben. Damit versuchen sie, verbindliche soziale und ökologische Regeln für Handel und Investitionen zu verhindern bzw. bestehende Umwelt- und Sozialnormen wieder aufzuweichen, weil sie als Wettbewerbsnachteil gesehen werden. Vor allem Vorreiterunternehmen, die soziale, menschenrechtliche sowie ökologische Standards einhalten und ausbauen wollen, sehen im Global Compact ein wichtiges Instrument, im globalen Wettbewerb für ihre Unternehmenspolitik belohnt denn „bestraft“ zu werden. In welche Richtung sich das Kräfteverhältnis zwischen den Mitgliedsunternehmen verschiebt, muss die Zukunft zeigen. Es ist offensichtlich, dass der Global Compact zur Regulierung der globalen Konzerntätigkeit allenfalls ein komplementäres Element sein kann, und auch nur dann, wenn er seine Vorbildfunktion auch wirklich ausfüllt. Er ist keine Alternative zu rechtlich verbindlichen Regelungen für die Konzerntätigkeit. Dies wird nicht allein dadurch deutlich, dass es nach Schätzungen der UNO-Organisation für Handel und Entwicklung (UNCTAD) weltweit rund 70.000 transnationale Unternehmen mit ca. 850.000 ausländischen Tochtergesellschaften gibt. Allein diese Größenordnung zeigt schon den globalen Handlungsbedarf auf.

Der Ansatz der Freiwilligkeit kann ein sinnvolles Instrument sein, reicht aber für die Herausforderungen der Globalisierung nicht aus. Selbstregulierung kann nicht die geeignete Antwort alleine sein. Wichtig sind die von der Unterkommission der UN-Menschen-

rechtskommission erarbeiteten und im August 2003 verabschiedeten „Normen der Vereinten Nationen für die Verantwortlichkeit transnationaler und anderer Wirtschaftsunternehmen im Hinblick auf die Menschenrechte“. Sie haben das Potenzial, Verantwortlichkeiten und Pflichten von Unternehmen auf die Basis nationaler Rechtsinstrumente und zwischenstaatlicher verbindlicher Abkommen zu stellen. Freiwillige und gesetzliche Regelungen für eine umfassende soziale, wirtschaftliche und ökologische Unternehmensverantwortung müssen sich ergänzen und dürfen nicht länger Lippenbekenntnis bleiben.



Zertifizierung

In den letzten Jahren finden die sogenannten Multi-Stakeholder-Prozesse vermehrt Zuspruch. Hierbei sollen verschiedenste Interessensgruppen miteinander Kriterien für Mindeststandards für bestimmte Produkte erarbeiten. Dazu gehören Zertifizierungsinitiativen wie der Forest Stewardship Council (FSC) für zertifizierten Holzhandel, sowie die Runden Tische für Produkte wie Soja (RTRS – Round Table for Responsible Soy) und Palmöl (RSPO – Round Table on Sustainable Palm Oil) und der Gemeinsame Code für Kaffeeproduktion (4C – Common Code for Coffee Community). Ziel ist es, möglichst große Marktsegmente von Produkten aus konventioneller Landwirtschaft über diese Mindeststandards zu erfassen. Zu Agrotreibstoffen wurde in den letzten Jahren ebenfalls ein solcher Stakeholderprozess, der Runde Tisch für Nachhaltigen Biotreibstoff (RSB - Round Table on Sustainable Biofuels), ins Leben gerufen. An den Stakeholder-Prozessen sind i.d.R. auch global operierende Unternehmen beteiligt.

Der Round Table on Sustainable Biofuels (RSB)

VON KIRSTEN BREDENBECK, KOBRA, MÄRZ 2010

Der Round Table on Sustainable Biofuels ist an der Universität in Lausanne (Schweiz) angesiedelt und hat zum Ziel, globale Mindeststandards für „nachhaltige“ Agrotreibstoffe zu entwickeln. Der RSB funktioniert nach dem sogenannten Stakeholderprinzip, d.h. alle, die in irgendeiner Weise an Agrotreibstoffen ein Interesse haben oder vom Agrotreibstoffboom betroffen sind,

sollen an einem Tisch zusammen kommen und gemeinsam Kriterien entwickeln. Im RSB sitzen 1. LandwirtInnen, 2. die Agrotreibstoff-Industrie, 3. HändlerInnen und Transportindustrie, 4. Banken/InvestorInnen, 5. aktuell eine recht-basierte NGO, 6. Ländliche Entwicklungsorganisationen, 7. Umweltorganisationen, 8. Klimaorganisationen, 9. Gewerkschaften, 10. KleinbäuerInnen- und Indigenenverbände sowie gemeindebasierte Organisationen der Zivilgesellschaft und 11. (zwischen)staatliche Stellen, Zertifizierungsstellen, Standard-SetzerInnen, spezialisierte Beratungsorganisationen und BeraterInnen. Jede Interessengruppe entsendet zwei VertreterInnen in das Steuerungsgremium. Die VertreterInnen im Steuerungsgremium werden als Personen, nicht als MandatsträgerInnen der Interessensgruppe in das Steuerungsgremium gewählt.

Das Steuerungsgremium hat 21 Mitglieder — da als rechtbasierte NGO einzig die guatemaltekische Commission for the Verification of Codes of Conduct Mitglied im RSB ist, kann sie auch nur eine VertreterIn in das Steuerungsgremium entsenden. Hier wird die fehlende Repräsentativität des RSB deutlich. Viele NGOs und Basisgruppen lehnen das Stakeholderprinzip ab, da es den Unternehmen ein hohes Einflusspotential verleiht. Beim RSB sitzen Konzerne wie BP, Petrobras, Syngenta und ADM, Shell, Boeing und Airbus u.a. assoziierten Betroffenenorganisationen gegenüber. Von den großen Umweltorganisationen beteiligt sich der WWF am RSB. Insgesamt ist die Mitgliedschaft stark US-dominiert: von den aktuell 113 Mitgliedern haben 37 ihren Ursprung in den USA. Aus Brasilien als wichtigstem Agrotreibstoffproduzentland sind nur drei Organisationen beteiligt: Die Petrobras, die konservative Nationale Vereinigung der Zucker-



rohrproduzenten UNICA und Amigos da Terra – Amazônia Brasileira als Umweltorganisation. NGOs, die Menschenrechte oder Rechte auf Ernährung etc. einfordern, Gewerkschaften, KleinbäuerInnen- und Indigenenverbände sind aus Brasilien nicht vertreten. Vier deutsche Organisationen sind dem RSB angeschlossen, darunter das Forum Umwelt und Entwicklung und das Öko-Institut sowie ein BäuerInnenverband und ein Verband der Agrokraftstoffindustrie.

Als Vorbild des RSB gilt unter anderem das FSC-Siegel. Weitere Vorbilder sind Zertifizierungsprojekte wie der Runde Tisch nachhaltiges Palmöl (RSPO) und der Runde Tisch verantwortliche Soja (RTRS), die ebenfalls nach dem Stakeholderprinzip zusammen gesetzt sind. Der RSB hat in den letzten Jahren einen umfangreichen Kriterienkatalog entwickelt, der nun von den Mitgliedsorganisationen in der Praxis getestet und dann weiter entwickelt werden soll. Der Kriterienkatalog umfasst neben wirtschaftlichen Kriterien auch ökologische und arbeitsrechtliche Regelungen, er fordert die Berücksichtigung indigener Rechte, beinhaltet Vorschriften zu sozioökonomischen Maßnahmen, die eine Ernährungssicherung gewährleisten sollen und Forderungen nach einer umfassenden Klärung der Landbesitzansprüche. Maßnahmen zur Absicherung dieser Kriterien sind formuliert, über die praktische Anwendbarkeit des Katalogs sollen jetzt die Mitglieder befinden.

Die Zertifizierungsinitiativen der Runden Tische werden in der entwicklungspolitischen Diskussion kontrovers eingeschätzt. In der Folge möchten wir zwei unterschiedliche Positionen zum Thema zu Wort kommen lassen, wovon einer explizit auf den Round Table on Sustainable Biofuels eingeht. Nach einem Auszug aus einem Hintergrundpapier des WWF; der sich bereits länger für Multi-Stakeholder-Prozesse stark macht, drucken wir Teile einer Stellungnahme von swissaid ab, die eine kritische Haltung zu dem Thema zum Ausdruck bringt.

Zertifizierung von Biomasse

AUSZÜGE AUS: WWF-HINTERGRUNDINFORMATION ZU ZERTIFIZIERUNG VON BIOMASSE, BERLIN, 23. FEBRUAR 2010, WWW.WWF.DE/FILEADMIN/FM-WWF/PDF_NEU/HG%20-%20ZERTIFIZIERUNG%20VON%20BIOMASSE.PDF

Der Nutzungsdruck auf Agrargüter durch das Bevölkerungswachstum und die rasante wirtschaftliche Entwicklung werden weiter zunehmen. Der Umgang mit natürlichen Ressourcen ist eine der großen Herausforderungen der Zukunft, der wir uns stellen müssen. BioenergieproduzentInnen, Nahrungsmittel- und Futtermittelindustrie müssen sich der Frage stellen, wie Agrarrohstoffe ökologisch und sozialverträglich produziert werden können. Großräumige Landnutzungskonzepte und die Reduktion von Treibhausgasen spielen dabei ebenfalls eine große Rolle.

Was bedeutet eine nachhaltige Produktion und wie kann diese glaubwürdig nachgewiesen und umgesetzt werden? Wie können Unternehmen und NutzerInnen von Agrarrohstoffen der Anforderung





derung für eine nachhaltige Produktion nachkommen? Werden hierzu gesetzliche Vorgaben benötigt oder sind freiwillige Selbstverpflichtungen sowie Zertifizierungssysteme eine Antwort?

Eine Lösung auf diese komplexen Fragestellungen

können Standards und Zertifizierungssysteme liefern. Die Umweltstiftung WWF blickt auf eine langjährige Erfahrung in der Entwicklung und Umsetzung von Standards und Zertifizierungssystemen zurück. So hat der WWF ein Zertifizierungssystem für Holz (FSC) und Fisch (MSC) mitinitiiert und ist Partner bei den Runden Tischen für Soja, Zuckerrohr und Palmöl sowie im Zertifizierungssystem für Biomasse (ISCC). Zertifizierung und Standards werden jedoch auch kritisch gesehen.

Zertifizierung ist weder ein Allheilmittel für eine nachhaltige Produktion noch „Greenwashing“ und Alibi-Instrument multinationaler Konzerne, wie diese zurzeit in der Öffentlichkeit dargestellt werden. Der WWF sieht in der Zertifizierung ein wichtiges Instrument für eine nachhaltige Produktion und unterstützt daher aktiv den Aufbau von Zertifizierungssystemen. Für den Erhalt der Biodiversität ist es jedoch genauso wichtig, Schutzgebiete vor Ort auszuweisen und Konzepte zum Schutz der Biodiversität zu entwickeln und umzusetzen. Großen Wert legt der WWF auf die Umsetzung des Konzeptes zur Ausweisung von Flächen mit einem hohem Naturschutzwert (High Conservation Value Area – HCVA).

Aus Sicht des WWF kann das Instrument der Zertifizierung nur dann erfolgreich zur Erreichung der Naturschutzziele beitragen, wenn langfristig alle Agrarrohstoffe Nachhaltigkeitsanforderungen einhalten müssen. Es ist wenig zielführend, eine Form der Nutzung zu zertifizieren und gleichzeitig den Großteil der Biomasseproduktion für Nahrungs- und Futtermittel zu vernachlässigen. Dies kann zu direkten und indirekten Landnutzungsänderungen und Marktverzerrungen führen, die schlussendlich die positiven Effekte der zertifizierten Biomasse ad absurdum führen. Daher ist es eine essentielle Forderung des WWF — wie im Koalitionsvertrag festgelegt — die Debatte um eine Ausweitung der Zertifizierung zu beginnen, mit Nachdruck zu verfolgen und schlussendlich zu implementieren.

Zertifizierungen geben keine Garantie

AUS: AGROTREIBSTOFFE BEDROHEN ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT. SWISSAID POSITIONS- UND HINTERGRUNDPAPIER 2009, S. 13F.

An der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne wird der „Round Table on Sustainable Biofuels“ (RSB) koordiniert. In vier Arbeitsgruppen werden Kriterien und Prinzipien für die nachhaltige Produktion von Agrotreibstoffen entwickelt. Ende 2008 wurde eine erste Vorlage, die „Version Zero“, zur Konsultation veröffentlicht. Der Runde Tisch vereint Akteure aus Wirtschaft, Verwaltung, UN-Organisationen, Wissenschaft sowie Umweltorganisationen. Von den 22 Mitgliedern im Vorstand (Stand 2009) vertreten allein sieben die Wirtschaftsbranchen der



Quelle: carreiradeti.com.br

Energie-, Automobil- und Agrarindustrie (u.a. BP, Shell, Petrobras, Bunge, Toyota). Mit nur zwei internationalen NGOs (WWF, FSC) ist die zivilgesellschaftliche Seite schwach vertreten. Organisationen aus betroffenen Entwicklungsländern haben keinen Einsitz. Der Runde Tisch wird von vielen Organisationen aus dem Süden stark kritisiert, da sie ihre Interessen und Perspektiven dort nicht vertreten sehen. Hier definiere der Norden nicht nur darüber, was „nachhaltig“ ist, sondern auch über die „Handelbarkeit“ von Agrar- und Forstprodukten, die er als größter Energieverbraucher und Klimasünder der Welt energetisch nutzen will. Darüber hinaus soll die Einhaltung der Kriterien auf freiwilliger Basis erfolgen. Bei Nichtbeachtung sind keine Sanktionsmöglichkeiten vorgesehen.

Aus entwicklungspolitischer Sicht stellt SWISSAID generell in Frage, ob Agrotreibstoffe nachhaltig – unter Einbezug aller für eine echte Nachhaltigkeit relevanten Bereiche – überhaupt möglich ist. Es besteht viel eher die Gefahr, dass Zertifizierungen als Marketinginstrument zur Beruhigung kritischer KonsumentInnen missbraucht werden, ohne dass sich etwas für die betroffenen Länder und deren Bevölkerung verbessert. Eine kürzlich publizierte Studie von Friends of the Earth Europe

über die mögliche Wirkung von Nachhaltigkeitskriterien für Agrotreibstoffe in Südamerika kommt u.a. zu dem Schluss, dass die schwerwiegendsten sozialen und ökologischen Probleme auf die massive Ausweitung der Produktion von Zuckerrohr und Soja zurück zu führen sind, nicht darauf, wie die Pflanzen produziert werden. Nachhaltigkeitskriterien werden nichts an den Marktmechanismen ändern, dass nämlich der Preis der Agrotreibstoff-Rohstoffe die Produktion lenkt. Und die Preise werden vor allem von den politischen Anreizmechanismen der Industrieländer bestimmt. NASA-WissenschaftlerInnen konnten belegen, dass die Abholzungsrate des Amazonaswaldes direkt mit den Weltmarktpreisen für Soja korreliert.

Eine OECD Studie kommt zu einem ähnlichen Schluss. Sie sieht einen grundsätzlichen Widerspruch zwischen der politisch forcierten Nachfragesteigerung und Regulierungsvorhaben, die eine umweltgerechte, nachhaltige Produktion von Biomasse sicherstellen sollen. Es existierte ein ernstes Risiko, dass Biotreibstoffquoten höher sind als ein potenziell nachhaltiges Angebot.

Das grundsätzliche Problem, dass einerseits Nahrungsmittel direkt zu Treibstoff verarbeitet werden und andererseits die Konkurrenz um Land und Wasser durch die Nachfrage nach Agrotreibstoffen drastisch verschärft wird, können auch die besten Kriterien nichts ändern.



Jede Stimme zählt!

AUS: SÜDZEIT NR. 47, OKTOBER 2010, CORNELIA HEYDENREICH UND JOHANNA KUSCH (GERMANWATCH)

Kritischer Konsum genügt nicht. Die Politik ist gefordert, gesetzliche Regeln für Unternehmen zu erlassen, damit diese ihrer Verantwortung nachkommen. Ein Netzwerk versucht derzeit, PolitikerInnen in ganz Europa zu überzeugen

Europäische Unternehmen sind verantwortlich

Unternehmen aus Deutschland und anderen europäischen Ländern sind weltweit tätig. Sie profitieren häufig von niedrigen Umwelt- und Sozialstandards, die lokale Regierungen ihnen im Wettbewerb um ausländische Investitionen anbieten. Dennoch können sie auf europäischer Ebene meist nicht zur Rechenschaft gezogen werden, wenn ihre Tochterfirmen oder Zulieferer Hungerlöhne zahlen, Menschenrechte verletzen oder die Umwelt schädigen. Das ist ungerecht, aber bestehende Rechtslage in der EU.

Die Regelungslücke schließen

Längst wird dies nicht mehr nur von Nichtregierungsorganisationen (NRO) kritisiert. Der UN-Sonderberichterstatler für Wirtschaft und Menschenrechte, John Ruggie, hatte in seinem Bericht an den UN-Menschenrechtsrat im Jahre 2008 eine Regelungslücke bezüglich Menschenrechten und Unternehmensverantwortung festgestellt. Er hat in drei Bereichen Handlungsbedarf identifiziert: Bei der Schutzpflicht der Staaten für Menschenrechte im In- und Ausland, bei der Verantwortung von Unternehmen und beim Zugang von Betroffenen zu Beschwerdemechanismen.

Auch die EU will rechtliche Ansätze für Unternehmensverantwortung stärker berücksichtigen. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt dem hartnäckigen Agieren von zivilgesellschaftlichen Akteuren wie der European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) zu verdanken. Im Februar 2009 sagte der damalige EU-Industriekommissar Günter Verheugen zu, die bestehende EU-Rechtslage zu globaler Unternehmensverantwortung untersuchen zu lassen. Das Europäische Parlament hat der Europäischen

**RECHTE FÜR
MENSCHEN
REGELN FÜR
UNTERNEHMEN**

<http://www.rightsforpeople.org/?lang=de>

Kommission im April 2009 nahe gelegt, sich von ihrem ausschließlich freiwilligen Ansatz zu Unternehmensverantwortung zu verabschieden und sich für rechtlich verbindliche internationale Instrumente einzusetzen. Das Parlament empfiehlt, einen Beschwerdemechanismus einzurichten, mit dessen Hilfe Betroffene wegen Menschenrechtsverletzungen von Unternehmen vor nationalen Gerichten der EU-Mitgliedstaaten klagen könnten.

Vorschläge für EU-Reformen

Das europäische Netzwerk ECCJ hat drei zentrale Forderungen entwickelt, um die Regelungslücke auf europäischer Ebene zu schließen: 1. die Einführung von Haftungspflichten von Mutterunternehmen für Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden, die von Tochterfirmen und Zulieferern verursacht werden, 2. die Einführung von Publikations- und Berichtspflichten über soziale und ökologische Missstände und Risiken in der Lieferkette sowie 3. einen erleichterten Zugang zu EU-Gerichten für Betroffene außerhalb der EU.

In Deutschland werden diese Forderungen vom CorA-Netzwerk für verbindliche Unternehmensverantwortung mitgetragen, ein Zusammenschluss von 47 Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften.

Rechte für Menschen – Regeln für Unternehmen

Im Mai hat CorA gemeinsam mit der ECCJ die europaweite Kampagne „Rechte für Menschen – Regeln für Unternehmen“ zur Durchsetzung der drei Forderungen gestartet. Die Kampagne fordert von den politischen Entscheidungsträgern der EU, ent-

sprechende Gesetze zu erlassen, so dass Unternehmen für die weltweiten negativen Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit haftbar gemacht werden können und Betroffene sich erfolgreich dagegen zur Wehr setzen können.

Mit diesem Ziel vor Augen sollen im Dezember 2010 den EU-Staats- und Regierungschefs und dem Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, 100.000 Unterschriften überreicht werden. Hier sind Sie gefordert: Sie können die Kampagne mit Ihrer Unterschrift unterstützen. Online auf www.rechtfuermenschen.de. Jede Stimme zählt!

Mehr Informationen zur Kampagne „Rechte für Menschen – Regeln für Unternehmen“ sowie Kampagnenmaterial (Hintergrundstudie und Kampagnenflyer mit Aktionspostkarte) gibt es bei Johanna Kusch, kusch@germanwatch.org



Extraterritoriale Staatenverpflichtungen

ZUSAMMENSCHNITT AUS: WWW.FIAN.ORG/PROGRAMS-AND-CAMPAIGNS/PROJECTS/THE-ETO-CONSORTIUM, DEM HANDOUT „ETOS: PRINCÍPIOS, INSTRUMENTOS LEGAIS“ ZUR SITZUNG DES RUNDEN TISCHES BRASILIEN IM MAI 2010 SOWIE EIGENEN BEITRÄGEN. ÜBERSETZUNG AUS DEM ENGLISCHEN UND PORTUGIESISCHEN FÜR KOBRA VON FRANZISKA MAYER

Die ETO-Arbeitsgemeinschaft ist ein weltweites Netzwerk von ca. dreißig NGOs, Uni-Instituten und Privatpersonen. Sie bereiten ein Grundsatzdokument zu extraterritorialen Staatenverpflichtungen (ETO – *ExtraTerritorial States Obligations*) im Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte (WSK-Rechte) vor.

Komitee Parallelberichte vorgelegt, die sich auf Extraterritoriale Staatenverpflichtungen beziehen. 2003 führte die Universität von Maastricht eine Konferenz mit internationalen ExpertInnen durch, bei der über die Reichweite der Menschenrechtsverträge über die Grenzen der Unterzeichnerstaaten hinaus diskutiert wurde. Obwohl sich diese Konferenz hauptsächlich auf die zivilen und politischen Rechte konzentrierte, wurden auch die WSK-Rechte in diesem Kontext berücksichtigt.

Seither untersuchten verschiedene Studien Bereiche Extraterritorialer Verpflichtungen. Im Jahr 2005 fand das Konzept erstmalig Eingang in den Bericht des UN-Beauftragten für das Menschenrecht auf Ernährung, Jean Ziegler. Nach wie vor jedoch besteht ein gewisser Widerstand staatlicherseits, Extraterritorialen Staatenverpflichtungen die ihnen gebührende Aufmerksamkeit zu widmen.

Was sind Extraterritoriale Staatenverpflichtungen?

Die ETO-Arbeitsgemeinschaft setzt sich für die Verwirklichung von Extraterritorialen Staatenverpflichtungen ein. Die Organisationen möchten erreichen, dass der Staat, in dem ein Multinationales Unternehmen seinen Sitz hat, rechtlich dazu verpflichtet wird (und eine rechtliche Handhabe dazu hat), die Einhaltung der Menschenrechte durch das Unternehmen bei dessen Aktivitäten außerhalb der Landesgrenzen zu gewährleisten. Es geht also um staatliche Verpflichtungen, die Einhaltung von Menschenrechten auch über die eigenen Landesgrenzen hinaus zu beobachten und ggf. zu sanktionieren. Solche staatlichen Verpflichtungen sind gemeinhin nicht durch landeseigene Gesetze und politische Maßnahmen abgedeckt. Es bestehen also gesetzliche Lücken bei der Gewährleistung der Einhaltung von Menschenrechten. Diese Gesetzeslücken fallen im Zuge der Globalisierung mehr und mehr ins Gewicht.

Zur Entwicklung der Diskussion um ETOS

Seit 1999 bezieht sich das Komitee der Vereinten Nationen erstmalig systematisch auf Menschenrechtsverpflichtungen im multilateralen und bilateralen Bereich. Seit 2001 haben verschiedene Organisationen der Zivilgesellschaft dem

Die Arbeit der ETO-Arbeitsgemeinschaft

Im Jahr 2007 wurde die ETO-Arbeitsgemeinschaft von verschiedenen NGOs gegründet. Das Büro von FIAN International dient als Sekretariat des Lenkungskomitees der Arbeitsgemeinschaft, das sich aus der Åbo Akademi,

Brot für die Welt, der International Commission of Jurists (internationale Juristenkommission) und den Universitäten von Lancaster, Maastricht und North Carolina zusammensetzt. Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft sind u.a. auch Amnesty International, CELS (*Centro de Estudios Legales y Sociales*), COHRE, ESCR-net, FIDH, das Public Health Movement und SERAC. Die stärksten brasilianischen PartnerInnen innerhalb des Netzwerks sind PAD und die Plataforma BNDES, die die Aktivitäten der brasilianischen Entwicklungsbank BNDES überwacht.

Die Aktivitäten der ETO-Arbeitsgemeinschaft beziehen sich auf einen großen Bereich relevanter extraterritorialer Verpflichtungen. Darin setzen sich thematisch arbeitende Gruppen mit den Herausforderungen, wie z.B. Rechtsprechung und Zurechenbarkeit, auseinander. Jeder Fall wird von Teams, gemischt aus Nichtregierungsorganisationen und akademischen ExpertInnen, bearbeitet. Vor diesem Hintergrund und mit der Erfahrung der Bewegungen und NGOs, die diese Fälle verfochten haben, werden die nötigen konzeptionellen und rechtsgültigen Prinzipien der ETOs erarbeitet und in einem internationalen Dokument verankert.

Auf ihrer dritten Konferenz in Lancaster 2009 gründete die Arbeitsgemeinschaft eine ExpertInnengruppe, die die "Maastricht-Prinzipien für Extraterritoriale Staatenverpflichtungen in Bezug auf Menschenrechte" erarbeiten soll. Die Gruppe besteht u.a. aus JuristInnen und internationalen BerichterstatteInnen zum Menschenrecht auf Ernährung. Hinter der Erarbeitung der Prinzipien steht die Idee, dass die Maastricht-Kriterien für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte auch auf Extraterritoriale Staatenverpflichtungen angewendet werden. Die Maastricht-Kriterien für WSK-

Rechte sehen allerdings kein Beschwerdeverfahren vor. Dies macht sie zu einem relativ schwachen Instrument. Die Organisationen der ETO-Arbeitsgemeinschaft wollen auch erreichen, dass die Prinzipien für Extraterritoriale Staatenverpflichtungen mit einem Beschwerdemechanismus ausgestattet werden.

Darüber hinaus werden die Prinzipien individuell und in Kooperation während der alltäglichen Arbeit der ETO-Mitglieder genutzt. Damit sollen neue Wege eingeschlagen werden, um einige der größten Probleme im Bereich der ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte anzusprechen. Des Weiteren haben die Organisationen entschieden das Konzept der Extraterritorialen Verpflichtungen in einer für 2011 geplanten Kampagne öffentlich bekannt zu machen. Die Kampagne soll auf die Prinzipien von Maastricht aufmerksam machen. Geplant ist, das Referenzdokument in der ganzen Welt zu verbreiten.

Die Organisationen der Zivilgesellschaft sehen in der Stärkung der Extraterritorialen Staatenverpflichtungen zunehmend eine unabdingbare Antwort im Bereich der Menschenrechte auf die Globalisierung und für die Entwicklung des internationalen Rechtssystems im Bereich Menschenrechte. All dies weist darauf hin, wie nötig eine systematische und knappe Darstellung der Kriterien für die Extraterritorialen Verpflichtungen im Bereich der WSK-Rechte gegenüber den Regierungsverantwortlichen und VertreterInnen der Vereinten Nationen ist. Ein von ExpertInnen erstelltes international rechtsgültiges Dokument stünde in der Tradition der Prinzipien von Limburg über die Anwendung des Menschenrechtspaktes von 1986 und der 1996 formulierten Leitlinien von Maastricht über deren Verletzungen.



Angra – von der Feuergötin zum nuklearen Zentrum ohne ausreichende Sicherheitsmaßnahmen

AUS: POONAL NR. 875, 06. DEZEMBER 2009; VON CAROLA CAGGIANO, GEKÜRZT VON FRANZISKA MAYER

Am Strand von Itaorna nahe der Stadt Angra dos Reis an der südlichen Küste des brasilianischen Bundesstaates Rio de Janeiro befindet sich ein Atomkraftwerk mit drei Reaktoren. Angra 1 wurde vor 25 Jahren in Betrieb genommen, Angra 2 folgte 14 Jahre danach. Die Inbetriebnahme von Angra 3 ist für 2013 vorgesehen. Das Werk deckt etwa 2% des Elektrizitätsbedarfs von Brasilien.

Brasilien investiert beträchtliche Summen in den Ausbau der Nuklearenergie. Dabei hat das Land reiche Möglichkeiten zum Ausbau Erneuerbarer Energien und verfügt außerdem, wie kürzlich entdeckt wurde, über große Reserven fossiler Brennstoffe. Aus ökonomischer Sicht lassen sich die Investitionen nicht rechtfertigen.

Dazu kommt der Sicherheitsaspekt, der das Engagement in die Atomenergie fragwürdig macht. Angra dos Reis, eine Stadt mit 150.000 EinwohnerInnen, liegt zwischen Rio de Janeiro und São Paulo, den beiden größten Metropolen Brasiliens. Insgesamt leben hier etwa 30 Millionen Menschen. Dennoch existiert kein Evakuierungsplan für die Stadt; es wurden keinerlei Notfallübungen mit den EinwohnerInnen durchgeführt. Es ist auch keine ausreichende Infrastruktur vorhanden, die einer solchen Menschenmenge in Notfallsituationen gerecht werden könnte: Es gibt weder genug Busse noch Bahnen, nicht einmal genügend Ausfallstraßen aus den Städten. Auch für die Entsorgung radioaktiver Abfälle wurde bisher keine Lösung gefunden. Dazu der brasilianische Anti-AKW-Aktivist Sergio Dialecti: „Wenn die gesamte Welt bisher keine Lösung gefunden hat, wird das Brasilien auch nicht gelingen.“ Tatsächlich stellt der Atommüll überall auf der Erde ein ungelöstes Problem dar. Brasilien ist bisher allerdings besonders verantwortungslos mit seinen radioaktiven Abfällen umgegangen. Das beweisen verschiedene Atommüllskandale, der Schmuggel mit angereichertem Uran und sogar die Verstrahlung von über 6.400 Personen Ende der 80er Jahre.

Mit Fragen der nuklearen Sicherheit befasst sich die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO). Dieses Organ der Vereinten Nationen ist unter anderem damit betraut, die Anlagen zur Urananreicherung in allen Staaten des Atomsperrvertrags zu überwachen. Auch



Quelle: eletronuclear.gov.br

AREVA

Die AREVA-Group hat eine starke Präsenz in Brasilien. Sie baute das Kernkraftwerk Angra 2 und ist maßgeblich an der Vollen- dung des Angra 3-Projekts beteiligt. Das Unternehmen versorgt seine KundInnen mit alternativen Lösungen für CO2-freie Elek- trizität. Mit der Übernahme von Koblitz, 2008, hat Areva seine Position in Brasilien gestärkt. Das Kerngeschäft dieses Tochter- unternehmens ist die Versorgung von Bio- masse- und Hydroelektrik-Anlagen mit komplettem Service. 2004 und 2005 hat Areva bereits die Zulassung für den Bau von drei Biomasse-Anlagen im Bundesstaat Paraná erhalten. Areva engagiert sich darü- ber hinaus auch im sozialen Bereich. Areva hat schon einige Auszeichnungen für sein soziales Engagement erhalten.

Aus der Selbstdarstellung von Areva: <http://www.areva-np.com/scripts/info/publigen/content/templates/show.asp?P=703&L=US>

Brasilien gehört zu den Ländern, die das Abkommen unterzeichnet haben. Die IAEO soll mit ihren Kontrollen sicherstellen, dass der Anreicherungs- grad des Schwermetalls das für den zivilen Nutzen benötigte Niveau nicht übersteigt und kein waffenfähiges Uran erzeugt wird. Im Jahr 2004 weigerte sich Brasilien jedoch gegen eine voll- ständige Untersuchung seiner Anlagen durch die Atombehörde. Die brasilia- nische Marine, der der Betrieb der Atomkraftwerke unterstellt ist, zog es vor, die Beschaffenheit ihrer Uranzen- trifugen geheim zu halten. Internatio- nal hat diese Weigerung große Skepsis hervorgerufen. War Brasilien etwa auf dem Weg, sich wie der Iran aus den großen internationalen Abkommen und insbesondere dem Atomsperrvertrag zurückzuziehen? Nach monatelangen Verhandlungen gaben sich die IAEO- IngenieurInnen schließlich damit zufrieden, die Zentrifugen durch eine Absperrung hindurch zu begutachten. Sie bewerteten die Anlagen als abkommenskonform, bezogen jedoch den Aspekt der Sicherheit der

BewohnerInnen von Angra dos Reis nicht näher in die Beurteilung ein.

Weiterhin ungeklärt bleibt die Frage, welchen Grund Brasilien hat, sich so sehr für die Entwicklung seines Nuklearpro- gramms einzusetzen. Nach Ansicht Dialetachis lassen sich die Investitionen aus wirtschaftlicher Sicht nicht rech- fertigen.

Angra 3: Deutsche Re- gierung vertraut brasi- lianischem Sicherheits- gutachten

AUS: KOBRA-INFO NR. 14, SEPTEMBER/OKTOBER 2010

Gleich im Koalitionsvertrag Ende letzten Jahres hatte die Schwarz-Gelbe Regie- rung die Umweltschutzziele für Hermes- bürgschaften außer Kraft gesetzt. Bis dahin verboten es die Umweltschutzziele, Hermesbürgschaften für Exporte im Bereich der Nuklearkooperation zu vergeben. Kaum waren die Umweltschutzziele außer Kraft, stellte Siemens/ Areva einen Antrag auf Übernahme einer Hermesbürgschaft für Lieferun- gen zum Bau des brasilianischen Atom- kraftwerks Angra 3 an den Hausaus- schuss des deutschen Bundestages. Am 27.01.2010 passierte die Bürg- schaft den Ausschuss.

Soziale Bewegungen protestierten: Zwar liegt der Bundesregierung ein Si- cherheitsgutachten vor, dieses stellte sich bei näherer Betrachtung als sehr lückenhaft heraus. Des Weiteren weigert sich Brasilien bisher standhaft, das Zusatzprotokoll zum Atomwaffen- sperrvertrag zu unterschreiben. Somit ist keine effektive Kontrolle der Nu-



klearanlagen möglich. Zwar plant die brasilianische Regierung zur Zeit keine Nutzung ihrer Atomkraft auf militärische Art, jedoch bleibt ein fader Beigeschmack, da sie zumindest das Know-How haben, um Atomwaffen herzustellen.

Bündnis 90/Die Grünen stellten Anfang August eine kleine Anfrage an die Bundesregierung zur Hermesbürgschaft für Siemens/Areva. Doch die Bedenken, die die Partei vorbrachte, gelten für die Bundesregierung nicht: In ihrem Antwortschreiben betonte sie, dass sie dem Sicherheitsgutachten der ISTec (Institut für Sicherheitstechnologie) vertraue und somit auch dem Sicherheitskonzept der brasilianischen Atomanlage Angra 3.

SIEMENS

Seit über 100 Jahren kurbelt Siemens die brasilianische Wirtschaft an. Heute sind Siemens-Ausrüstungen und -Systeme für 50 Prozent der landesweit erzeugten Elektrizität verantwortlich. Siemens wurde zum dritten Mal in Folge unter die „Top 100“-Unternehmen Brasiliens gewählt und 2009 zählte der Industriesektor zu den landesweit wichtigsten AnbieterInnen von technischen Lösungen und realisierte Projekte für GroßkundInnen wie Petrobras, IACO Agriculture und Rio Pardo Mill. Dazu kamen viele weitere Top-Aufträge wie die Modernisierung von 25 Zügen der U-Bahn-Linie 1 von São Paulo – eines der weltweit bedeutendsten „Mobility-Projekte“ und das vollständige Elektrifizierungssystem mit 14 Gleichrichterunterwerken für die neue Stadtbahn von Brasília im Rahmen der Fußball-Weltmeisterschaft 2014.

Aus der Selbstdarstellung von Siemens, http://www.siemens.com/about/de/weltweit/brazil_1154347.htm

Soziale Bewegungen mobilisierten gegen Übernahme der Hermesbürgschaft

AUS DEM BRIEF VON URGEWALD E.V., GREENPEACE, ERLASSJAHR.DE, GEGENSTRÖMUNG, DEUTSCHE UMWELTHILFE UND INTERNATIONALE ÄRZTE FÜR DIE VERHÜTUNG DES ATOMKRIEGES, ÄRZTE IN SOZIALER VERANTWORTUNG E.V AN DEN HAUSAUSSCHUSS AM 25.01.2010 ZUR BÜRGSCHAFT FÜR DAS ATOMKRAFTWERK ANGRA 3, WWW.URGEWALD.DE/_MEDIA/_DOCS/BRIEF.HHA.PDF

Gegen eine Bürgschaft für Angra 3 sprechen ökonomische, politische und ökologische Gründe:

Ökonomische Risiken: Die ökonomische Rentabilität Angras ist fraglich. Gerade bei Atomanlagen ist das Ausfallrisiko für Bürgschaften enorm hoch, da sie hohe Anfangsinvestitionen erfordern und es oftmals zu immensen Kosten- und Bauzeitüberschreitungen kommt. So hat eine Studie des US-amerikanischen Bundesrechnungshofs das Ausfallrisiko von Staatsbürgschaften beim Neubau von AKW in den USA auf 50 Prozent beziffert. In Ländern wie Brasilien dürfte das Risiko noch höher liegen. (...)

Politische Risiken: Das Interesse Brasiliens an Atomkraftwerken verfolgt v.a. die Intention, die eigene politische Machtposition in der Welt zu stärken. Das brasilianische Atomprogramm stammt aus der Zeit der Militärdiktatur. Deren Tage sind lange vorbei. Dennoch weigert sich Brasilien bis heute, trotz zahlreicher diplomatischer Versuche, das Zusatzprotokoll zum Atomwaffen-



kungen von „außen“, hinter deutschen Standards zurückbleibt. (...)

Ungelöste Müllentsorgung: Zentrales ökologisches Problem der Anlage ist die – auch nach 20 Jahren Betriebslaufzeit von Angra 1 – noch immer sehr provisorische Lösung für die radioaktiven Abfälle. Zurzeit lagert der radioaktive Müll der Atomreaktoren Angra 1 und 2 unter Wasser in sogenannten „blauen Schwimmbecken“.

sperrvertrag zu unterzeichnen, das eine effektivere Kontrolle der Nuklearanlagen ermöglicht. Auch wenn die aktuelle Regierung derzeit keine Pläne zur militärischen Nutzung ihrer Atomkraft verfolgt, verbleibt dennoch ein Restrisiko, da das heutige Brasilien das notwendige Know-how zur Herstellung einer Atombombe ohne unüberwindbare Hürden erlangen kann. (...)

Der brasilianische Umweltminister Minc kritisiert diese Lagerung als völlig unzureichend und fordert endlich eine Langzeitlösung für die Abfälle. (...)

Wir möchten Sie daher bitten, sich (...) gegen eine Bürgschaftsvergabe für dieses Vorhaben auszusprechen.

Sicherheitsrisiken: Vom Stand der Technik ist Angra 3 vergleichbar mit dem in den 70er Jahren in Deutschland errichteten Kraftwerk Grafenrheinfeld. Dabei handelt es sich um einen Druckwasserreaktor der zweiten Generation; der Neubau eines Atomkraftwerkes nach diesen Standards wäre heute in Westeuropa nicht mehr durchsetzbar. Hinzu kommt, dass schon Angra 2 bei einer zentralen Sicherheitsfrage, dem Schutz des Atommeilers gegen Einwir-



Demarkation indigenen Landes muss von der Regierung bestätigt werden

AUS: FOOD FIRST/ FIAN-MAGAZIN Nr. 3/2009

Im brasilianischen Bundesstaat Mato Grosso do Sul wird seit Jahren beständig das Recht von annähernd 27.500 Guaraní-Kaiowá auf Zugang zu Land und Ressourcen verletzt. Obwohl die brasilianische Verfassung die Demarkation indigenen Landes vorsieht, haben die Behörden immer noch nicht die notwendigen Schritte unternommen, so dass viele indigene Familien von ihren traditionellen Lebensräumen vertrieben werden. Sie müssen dann in Reservaten leben, wo kein ausreichender Zugang zu sauberem Wasser, Nahrung, Brennmaterialien für die Nahrungszubereitung und zu Heilpflanzen vorhanden ist. Die Überbevölkerung in diesen Reservaten hat viele Familien dazu gezwungen, in die Städte abzuwandern. Die in den Reservaten verbliebenen Gruppen leiden an Unterernährung, woran zwischen 2005 und 2008 u.a. 35 Indianerkinder unter 5 Jahren gestorben sind. Man schätzt, dass weitere 600 Kinder von Unterernährung betroffen sind. Außerdem haben die prekären Lebensbedingungen zu Tötungsdelikten, Suizidfällen und Alkoholismus geführt. Im Jahr 2008 haben sich in Brasilien 34 IndianerInnen das Leben genommen – alle gehörten zum Stamm der Guaraní-Kaiowá. Im Jahr 2007 wurde die Festlegung und die Demarkation des Territoriums der Guaraní-Kaiowá von Mato Grosso do Sul durch die nationale Indianerbehörde FUNAI (Fundação Nacional do Índio) und das Justizministerium durchgeführt. Aber die FUNAI hat die für die Anerkennung vorgesehenen

Fristen nicht eingehalten. Innerhalb der Guaraní-Kaiowá gibt es die Guyaroká-Gemeinschaft, die in der Gemeinde Caarapó im Süden des Bundesstaates Mato Grosso do Sul lebt. Die 130 Stammesangehörigen der Guyaroká-Gemeinschaft wurden im Jahr 1998 von ihrem angestammten Gebiet vertrieben und leben seitdem außerhalb ihres Territoriums am Straßenrand. Im Jahr 2003 kehrten sie zurück auf ihr Land, konnten aber nur einen kleinen Teil davon wieder für sich einnehmen. Am 7. Oktober 2009 schließlich legte das Justizministerium 11.401 Hektar als offizielles Land fest, das der Guyaroká-Gemeinschaft zusteht. Diese Identifikation bedeutet allerdings nicht, dass die indigene Gemeinschaft sofort in den Besitz ihres Landes gelangt. Damit die Gemeinschaft ihr Territorium endgültig nutzen kann, muss die FUNAI laut Artikel 3 des Dekrets die formelle Demarkation des gegenwärtig als indigenen Landes deklarierten Gebiets durchführen. Dies muss später durch den Präsidenten ratifiziert werden.



FIAN International zur Situation der Guarani-Kaiowá

BERICHT VON FLÁVIO VALENTE, JUNI 2010, MIT AKTUALISIERUNGEN. ÜBERSETZUNG AUS DEM ENGLISCHEN VON FRANZISKA MAYER

Die Guarani-Kaiowá aus Mato Grosso do Sul wurden in der Vergangenheit von ihrem angestammten Land vertrieben, um riesigen Plantagen und der Viehzucht Platz zu machen – und dies, obwohl die brasilianische Gesetzgebung die rechtliche Abgrenzung (Demarkierung) der indigenen Territorien vorschreibt. Noch immer haben die Behörden nicht die notwendigen Schritte unternommen. FIAN International hatte 2009 eine Eilaktion zu diesem Fall durchgeführt. Anfang 2010 erhielt die NGO ein Antwortschreiben des Brasilianischen Bundesministeriums für Soziale Entwicklung und Hungerbekämpfung (MDS), das FIAN Brasilien und FIAN International allerdings als unzureichend einstufen.

Eine Mission, die im März 2010 vom Nationalen Menschenrechtsrat gemeinsam mit FIAN durchgeführt wurde, dokumentierte, dass 1) die Unterernährung bei den Guarani-Kindern von 2009 auf 2010 trotz der monatlichen Verteilung von 13.000 Nahrungsmittelpaketen zugenommen hat; 2) die Unterstützung bei der Lebensmittelproduktion nicht die erwarteten Ergebnisse erreichte, da sie sich nicht auf die traditionellen Produktionsweisen der Guarani konzentrierte; 3) das interministerielle Komitee über mindestens neun Monate inaktiv war; 4) keine der Familien in den jeweiligen Guarani-Gemeinden, die von der Mission besucht wurden, die Bolsa Família (finanzielle Familienhilfe) erhielt.

Die wichtigste Information im Schreiben ist, dass das MDS anerkennt, dass das Problem nur gelöst werden kann, wenn die Landfrage effektiv in Angriff genommen wird. Das ist zu einem großen Umfang aufgrund der ablehnenden Haltung der Regierung des Bundesstaates und dessen Judikative sowie der lokalen GroßgrundbesitzerInnen noch nicht passiert. Der Widerstand der GroßgrundbesitzerInnen, hauptsächlich aus dem Zuckerrohr- und Ethanolsektor, geht bis hin zu Morddrohungen gegenüber Indigenen und Mitgliedern der FUNAI-Arbeitsgruppe (Fundação Nacional do Índio – Nationale Stiftung der Indigenen), die für die Identifizierung der traditionellen Ländereien der Indigenen verantwortlich ist.

Als Ergebnis des wachsenden nationalen und internationalen Drucks gab Präsident Lula im April und Juni dieses Jahres öffentlich bekannt, dass die Lösung des Guarani-Kaiowá-Konflikts eine seiner zentralen Prioritäten für 2010 darstelle. Inzwischen entschied die Staatsanwaltschaft, die Umsetzung einer Vereinbarung von 2007 juristisch abzusichern, die die Verpflichtung zur Demarkierung von 42 traditionellen Ländern der Guarani in Mato Grosso do Sul begründet. FIAN Brasilien und FIAN International versuchen, gemeinsam mit den FührerInnen der Guarani-Kaiowá, dem CIMI (Conselho Indigenista Missionário) und anderen Partnerorganisationen den internationalen Druck aufrechtzuerhalten. Ein nächster Schritt wird eine Tour zum Jahresende in Europa sein, die einen Besuch in Deutschland, in der Schweiz und im Europäischen Parlament beinhaltet. Die Delegation wird auch an der Tagung des Runden Tisches Brasilien teilnehmen.



Ausländische Konzerne in brasilianischer Ethanolbranche

KIRSTEN BREDENBECK, SEPTEMBER 2010

Seit einigen Jahren gibt es im brasilianischen Ethanolsektor zunehmende Aufkäufe durch ausländische Unternehmen. Die Wirtschaftsmacht konzentriert sich mehr und mehr in den Händen bestimmter Wirtschaftsgruppen. Seit dem Jahr 2000 ist der Anteil ausländischer Unternehmen am brasilianischen Ethanolsektor von 1% auf 20% gestiegen. Etwa 450 Verarbeitungsanlagen werden von 160 Unternehmen kontrolliert. Nach Angaben der KPMG Corporate Finance gab es zwischen 2000 und September 2009 in Brasilien 99 Fusionen und Anlagenaufkäufe – davon 45, also fast die Hälfte, zwischen 2007 und 2009. Zu den HauptakteurInnen unter den ausländischen InvestorInnen in den brasilianischen Ethanolsektor gehören die französischen Konzerne Louis Dreyfus und Tereos, der US-Agrokonzern Bunge und der indische Zuckerproduzent Shree Renuka. Sie haben in den letzten zwei Jahren Mehrheitsanteile an großen Zucker- und EthanolproduzentInnen erworben. Ein weiteres Unternehmen ist die Royal Dutch Shell, die kürzlich ein Joint Venture mit Brasiliens Marktführer Cosan einging. Gleiches plant der US-Technologiekonzern Amyris. Doch ist inzwischen auch der staatliche Erdölkonzern Petrobras im großen Stil mit dabei: Bis 2013 will Petrobras 4,5 Mrd. \$ in die Produktion von Agrokraftstoffen investieren und die Jahresproduktion von Cosan übertreffen.

Einen genauen Einblick in die verschiedenen Investitionen liefert der Artikel von Maria Luisa Mendonça: *Avança o monopólio da terra para produção de agrocombustíveis.*

Shell involviert in Streit um Landraub

VON SURVIVAL INTERNATIONAL, 28. SEPTEMBER 2010

In einem Schreiben an Shell zeigen sich brasilianische Behörden besorgt um die Aktivitäten eines neuen Joint Venture Partners des Ölkonzerns, der Biotreibstoffe auf dem Land eines ausgrenzten indigenen Volkes anbaut.

Letzten Monat unterzeichnete Shell einen US\$ 12-Milliarden-Deal mit dem brasilianischen Biotreibstoffgiganten Cosan über die Herstellung von Biotreibstoff aus Zuckerrohr. Teile von Cosans Zuckerrohr wachsen jedoch auf einem Gebiet, das offiziell als Land der Guarani-Indigene anerkannt ist.

Ein brasilianischer Staatsanwalt hat sich nun mit der Warnung an Shell gewandt, dass das Gemeinschaftsunternehmen mit Cosan Shells "Einsatz für Biodiversität und Nachhaltigkeit aufs Spiel setzt."

Der Film Birdwatchers hatte 2008 das Schicksal der Guarani-Indigene weltweit bekannt gemacht. Ambrosio Vilhalva, einer der indigenen Hauptdarsteller, lebt in einer der Gemeinden, die von Cosans Aktivitäten betroffen sind.

"Die Zuckerrohrplantagen machen uns kaputt. Unser Land wird weniger und weniger. Die Plantagen töten die Indigene", sagt Vilhalva heute über die Plantagen, die einen Großteil des Landes seines Volkes geschluckt haben.

Vor einigen Wochen legte der UN-Sonderbeauftragte für indigene Völker einen Bericht beim UN Menschenrechtsrat vor, in dem er sich "zutiefst besorgt" äußert, über "die Anschuldigungen von Gewalt gegen die Guarani und die für sie ersten Folgen der aggressiven Regierungspolitik, durch





Quelle: www.cimi.org.br

Einschränkung ausländischer Landkäufe

KIRSTEN BREDENBCK, SEPTEMBER 2010

Landkäufe durch AusländerInnen oder ausländisch kontrollierte Unternehmen sollen zukünftig eingeschränkt werden. Ende August unterzeichnete Lula eine Bestimmung, die die Obergrenze für ausländische Landkäufe auf 50 Module festlegt. Der ausländische Landbesitz darf zudem im jeweiligen Verwaltungsbezirk nicht mehr als 25% der Gesamtfläche ausmachen. Die Landkäufe müssen in gesonderten Büchern geführt werden. Eine Anfang Juni vom Correio Braziliense auf Basis von Daten der Agrarreformbehörde INCRA zusammengestellte Karte und Statistik illustriert die Verteilung ausländischen Landeigentums in Brasilien (Siehe: *Mãos gringas no 'filé' do Brasil: Mais de 4 milhões de hectares estão sob comando de estrangeiros, Correio Braziliense, 09. Juni 2010*). Insgesamt sind dem zugehörigen Artikel zufolge etwa 4 Mio ha Land in Brasilien im Eigentum von AusländerInnen oder ausländisch kontrollierten Unternehmen. Diese haben vor allem im Mittleren Westen und Südosten des Landes, insbesondere in Mato Grosso, Landeigentum erworben. In einigen Regionen des Mittleren Westens sind dem Begleitartikel zufolge die Grundstückspreise aufgrund der Konkurrenz mit dem ausländischen Kapital um bis zu 300% gestiegen. Die Unternehmen stammen vornehmlich aus China, Japan, Europa, den Vereinigten Staaten, Korea und den arabischen Ländern und investierten in erster Linie in Getreide (genauer: grãos – Körnerfrüchte, was auch Soja umfasst), Zuckerrohr, Baumwolle und Eukalyptus.

die in der Vergangenheit große Teile ihres angestammten Landes an nicht-indigene FarmerInnen verkauft wurden."

Fast das komplette Land der Guarani wurde ihnen bereits genommen, um Platz für Viehzucht, Soja und Zuckerrohr zu machen. Wann immer die Indigene versuchen auf ihr angestammtes Land zurückzukehren, sehen sie sich gewalttätigen Angriffen ausgesetzt. Ihre Anführer werden immer wieder von SchützInnen angegriffen und Dutzende von ihnen wurden getötet. Das Volk hat eine der höchsten Selbstmordraten weltweit und viele Kleinkinder sterben an Unterernährung, da nicht genug Land zum Anbau von Nahrung oder zum Jagen geblieben ist.

"Shell läuft Gefahr eine Situation zu verschlimmern, die jetzt schon zu den kritischsten aller indigenen Völker in Brasilien zählt. Jetzt, wo das Unternehmen weiß, was sein brasilianischer Partner so treibt, hoffen wir, dass Shell sich nicht in den abschreckenden Raub von Guarani-Land hineinziehen lässt", sagte Stephen Corry, Direktor von Survival International. Survival hat sich bezüglich der Aktivitäten von Cosan, die eine klare Verletzung von Shells Unternehmensgrundsätzen darstellen, in einem Brief an Shell gewandt.



ThyssenKrupp: Ein deutscher Stahlgi- gant in Rio de Janeiro

AUS: „UNTERNEHMENSVERANTWORTUNG – VORSCHLÄGE FÜR EU-REFORMEN. EINE JURISTISCHE ANALYSE DER AUSLANDSTÄTIGKEIT ZWEIER DEUTSCHER UNTERNEHMEN“ VON CHRISTIANE GERSTETTER UND ALEXANDER KAMIETH (HRSG: GERMANWATCH), MAI 2010

ThyssenKrupp ist ein Markenname, der gerne als Synonym für die Qualität von Industrieprodukten aus Deutschland gebraucht wird. Doch die Thyssen Krupp AG mit Sitz in Duisburg ist längst ein multinationaler Konzern, der in mehr als 80 Ländern aktiv ist. Die derzeit größte Auslandsinvestition von Thyssen Krupp – und die größte Auslandsinvestition in Brasilien in den letzten zehn Jahren – ist ein Stahlkomplex an der Bucht von Sepetiba in der Nähe von Rio de Janeiro.

Um den dortigen industriellen Komplex zur Stahlherstellung, u.a. mit einem

Kraftwerk, zu erbauen und zu betreiben, hat ThyssenKrupp im Jahr 2006 ein Joint-Venture mit dem brasilianischen Eisenerzunternehmen Vale do Rio Doce gegründet: die TKCSA. Die TKCSA ist ein Tochterunternehmen der ThyssenKrupp AG, wobei Vale ca. 26% der Anteile hält. ThyssenKrupp begründet seine Investition in Brasilien vor allem mit dem gewachsenen Weltmarktbedarf nach größerer Rohstoffkapazität – daher auch die Kooperation mit einem Unternehmen, das Eisenerz fördert. Die Gesamtkosten der Investition belaufen sich nach derzeitigen Schätzungen von ThyssenKrupp auf 5,2 Mrd. Euro – eine deutlich höhere Summe als die ursprünglich veranschlagten 1,3 Mrd. Euro. In dem Gebiet, wo viele Menschen von Tourismus und Fischerei leben, wird die Umwelt stark durch die in den letzten Jahrzehnten verstärkt angesiedelten Industriebetriebe belastet. Die Ansiedlung von Unternehmen in der Gegend hat dabei nicht für alle vor Ort zu einer Anhebung des Lebensniveaus geführt – viele Menschen dort leben in Armut und prekären Umständen.

Die brasilianische Bundesregierung unterstützt das riesige Investitionsprojekt nachdrücklich.

Das *Ministério Público* (die Staatsanwaltschaft), das u.a. für die Überwachung der Einhaltung verfassungsmäßiger Rechte der Bevölkerung durch andere Behörden zuständig ist, stellte laut einer Presseerklärung „Unregelmäßigkeiten“ im Genehmigungsprozess fest und empfahl die Aussetzung der Genehmigungen. Die sozialen Folgen des Projekts und seine Umweltauswirkungen sind zudem nicht so positiv, wie die demonstrative Unterstützung des Projekts durch das brasilianische Staatsoberhaupt sowie die Behörden des Bundesstaats Rio de Janeiro vermuten lässt und wie es der deutsche Konzern

Mögliche Klage vor deutschen Gerichten

Die brasilianischen FischerInnen konnten ihre Rechte bisher – u.a. mangels Unterstützung durch die staatlichen Behörden und Gesprächsbereitschaft des Unternehmens – in ihrem Heimatland nicht durchsetzen. Da das Mutterunternehmen der TKCSA seinen Sitz in Deutschland hat, liegt der Gedanke nahe, ein Verfahren auf Schadensersatz in Deutschland anzustrengen. Dabei würde es sich um eine zivilrechtliche Klage handeln, denn das Zivilrecht regelt die Rechtsbeziehungen von Privatleuten und Unternehmen untereinander. Voraussetzung für eine Haftung der ThyssenKrupp AG gegenüber den FischerInnen wäre dabei allerdings die Haftung des Mutterkonzerns für seine Tochter, wie von der ECCJ (European Coalition for Corporate Justice) gefordert.

in der Öffentlichkeit darstellt. Lokale FischerInnen, AnwohnerInnen aus der Umgebung des Stahlwerks und brasilianische Nichtregierungsorganisationen sowie Wissenschaftler üben schwerwiegende Kritik an TKCSA und machen auf die negativen Auswirkungen des Stahlwerks auf Menschen und Umwelt aufmerksam.

Besonders betroffen sind ca. 8.000 Fischerfamilien. Sie klagen darüber, seit dem Beginn der Bauarbeiten an dem Stahlwerk nicht mehr genug Fische zu fangen, um davon leben zu können. Viele arbeiten inzwischen in anderen – häufig schlechter bezahlten, weniger sicheren und ungelerten – Berufen. Die FischerInnen haben mit dem Verschwinden der Fische aus der Bucht von Sepetiba auch damit zu kämpfen, dass Teile des Stahlwerkkomplexes sie zu weiten Umwegen beim Fischen zwingen. AnwohnerInnen des Stahlwerks und lokale Organisationen befürchten noch weitere negative Konsequenzen für Mensch und Umwelt in der Bucht von Sepetiba. „ThyssenKrupp beutet das hochwertige Erz aus, uns lassen sie die Schlacke“, so brachte es einer der Fischer während einer Rundreise in Deutschland Anfang 2010 auf den Punkt.

WissenschaftlerInnen des brasilianischen Forschungsinstituts FIOCRUZ (*Fundação Oswaldo Cruz*, Stiftung des Gesundheitsministeriums Brasilien) kritisieren, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung, die hinsichtlich der Stahlfabrik durchgeführt wurde, die Umweltauswirkungen des Betriebs des Stahlwerks nicht umfassend berücksichtige.



Quelle: Christian Russau—FDCL

Die AutorInnen der Studie sehen Anzeichen dafür, „dass ThyssenKrupp von der institutionellen Schwäche des brasilianischen Systems für die Überwachung der Umweltqualität profitiert und sich in einer Weise verhält, die nach europäischem Recht zumindest fragwürdig ist“. VertreterInnen von ThyssenKrupp haben dagegen erklärt, dass die Umweltverträglichkeitsprüfung den Anforderungen des brasilianischen Rechts vollumfänglich entspreche; das Stahlwerk halte nicht nur die brasilianischen, sondern auch europäische Umweltstandards ein.

Die Bauarbeiten haben auch zur Zerstörung von Mangrovenwald geführt. Die bundesstaatliche Umweltbehörde IBAMA (*Instituto Brasileiro do Meio Ambiente e dos Recursos Naturais Renováveis*, Bundesstaatliche Umweltbehörde) stellte im Dezember 2007 fest, dass eine mehr als doppelt so große Fläche des Waldes wie genehmigt gerodet worden war. Nach Angaben von ThyssenKrupp hat sich TKCSA mit der Umweltbehörde auf eine Wiederaufforstung geeinigt; die Kosten hierfür – umgerechnet ca. 1,2 Mio. Euro – hat ThyssenKrupp dabei in



ThyssenKrupp

Brasilien nimmt heute Platz 1 unter den ThyssenKrupp Märkten und Produktionsstandorten in Südamerika ein. In den lokalen Tochtergesellschaften sind mehr als 14.100 Mitarbeiter beschäftigt. ThyssenKrupp Elevadores S.A. ist der zweitgrößte Aufzughersteller Brasiliens. Brasilien ist als Standort der größten ThyssenKrupp Auslandsinvestition vorgesehen. Der Neubau eines Stahlwerks erfolgt am Küstenstandort Sepetiba im Bundesstaat Rio de Janeiro. Das neue Hüttenwerk soll eine Jahreskapazität von 4,4 Mio. t Rohstahl haben. Die Realisierung erfolgt zusammen mit dem brasilianischen Erzproduzenten Companhia Vale do Rio Doce (CVRD).

Aus der Selbstdarstellung von ThyssenKrupp, www.thyssenkrupp.com/de/suedamerika/brasilien/ und www.thyssenkrupp.com/documents/presse/themen/csa/de/Fact_Sheet_ThyssenKrupp_Brasilien.pdf

die Liste der von TKCSA finanzierten sozialen Projekte aufgenommen.

Nach Berechnungen lokaler Behörden wird das Stahlwerk, sobald es voll in Betrieb ist, zudem die CO₂-Emissionen der Stadt Rio de Janeiro um 76% erhöhen; das entspricht einem Anteil von ca. 14% der Emissionen des Bundesstaats Rio de Janeiro.

Verschiedene Fischerorganisationen protestieren seit Jahren mit Demonstrationen gegen das Stahlwerk. Für den Protest gegen das Stahlwerk zahlen die FischerInnen dabei teilweise einen hohen Preis; besonders drastisch ist der Fall des Fischers L. Dieser ist seit mehreren Jahren in verschiedenen lokalen Fischerorganisationen aktiv, teilweise in führenden Positionen. Nach Beginn seines Engagements gegen das Stahlwerk erhielt L. mehrfach telefonische Drohungen und beobachtete in der Nacht verummte Personen in seinem Vorgarten. Er geht – auf Grund von Hinweisen anderer – aber davon aus, dass die Drohungen von Mitgliedern der lokalen Milizen stammen. Bei den Milizen handelt es sich um in Rio de Janeiro weit verbreitete mafiaähnliche Gruppen, denen u.a. PolizistInnen und Ex-PolizistInnen angehören und deren Bosse häufig lokale PolitikerInnen sind. Einen Mann, der ihn bedroht hatte, erkannte Fischer L. bei einer öffentlichen Anhörung der gesetzgebenden Versammlung von Rio de

Janeiro auf einem Foto allerdings wieder; der Mann ist laut Angaben des Fischers in der Gegend als führendes Mitglied der lokalen Milizen bekannt. Die bei der Anhörung ebenfalls anwesenden VertreterInnen von TKCSA erkannten den Mann auch wieder: Es handelt sich um einen Angestellten des Unternehmens, nämlich den Chef des Werkschutzes. TKCSA hat nach eigenen Angaben den Hintergrund des Angestellten gründlich überprüft, dabei keinerlei Probleme festgestellt und beschäftigt ihn weiter. Im Übrigen beruft sich ThyssenKrupp darauf, nur nach brasilianischen Verfahren zertifizierte Sicherheitsunternehmen unter Vertrag zu nehmen. Der bedrohte Fischer L. wurde inzwischen in ein staatliches Schutzprogramm für MenschenrechtsverteidigerInnen aufgenommen.

Mehr dazu: Poonal Nr. 910: „Geldstrafe für ThyssenKrupp wegen Umweltverschmutzung, in Deutsche Ausgabe des wöchentlichen Pressedienstes lateinamerikanischer Agenturen vom 23. August bis 29. August 2010;

„Brasilianischer Fischer auf Aktionärsversammlung von ThyssenKrupp“, in Brasilicum Nr.190 (01/2010);

„Staatsanwalt untersucht Vorgehen von ThyssenKrupp“, in Brasilicum Nr. 196 (07/2010).



Zerstörerische "grüne" Energie aus dem Amazonasgebiet

FÜR KOBRA VON ANNA MARIA BESOLD

Der geplante Staudamm Belo Monte soll den Energiehunger des Landes stillen und wäre mit über 11.000 MW leistungsmäßig das drittgrößte Wasserkraftwerk der Welt. Laut der brasilianischen Regierung könnte das Projekt 23 Mio Haushalte mit Strom versorgen. Jedoch würde die Energie voraussichtlich primär der energieintensiven Aluminiumindustrie zukommen, welche kaum Jobs schafft und aufgrund ihrer Exportorientierung eine geringe nationale Wertschöpfung erzielt. Auch europäische Großkonzerne haben ihre Finger im Spiel.

Folgen für die Umwelt

Gilt die Wasserkraft gemeinhin als „grüne“ Energie, stellt sie besonders in dieser Größenordnung doch auch einen erheblichen Eingriff in das Ökosystem dar und bedroht die Biodiversität. Am Rio Xingu findet man nicht nur das größte Mosaik von Schutzgebieten Brasiliens, sondern auch einen unglau-

blichen Artenreichtum an Fischen, viermal so groß wie in ganz Europa.

Durch den Staudamm würde ein ca. 668 km² großer Stausee geschaffen (größer als der Plattensee) und damit große Flächen intakter Regenwald überschwemmt. Die Umleitung des Flusses durch zwei Kanäle würde eine ökologisch sehr wertvolle Fluss-Schlinge fast trockenlegen und vielen Menschen die Lebensgrundlage entziehen. Die vielleicht gravierendste Folge wäre jedoch die massiv verstärkte, unkontrollierbare Abholzung tropischen Regenwaldes infolge der hohen Zuwanderung von geschätzten 100.000 Personen, die infolge des Infrastrukturprojekts stattfindet.

Die Umweltgenehmigung für das Projekt wurde ungeachtet der Tatsache erteilt, dass ein Team von ca. 40 renommierten WissenschaftlerInnen sowie ExpertInnen der für die Umweltlizenzvergabe zuständigen Behörde IBAMA die zugrundeliegende Umweltverträglichkeitsstudie scharf kritisierten.

Nicht einmal das Argument der Vermeidung von Treibhausgasen ist unumstritten. Denn in tropischen Gebieten ist die Zersetzung überschwemmter Pflanzen im Stausee mit einem erhöh-

VOITH

Am 22. Oktober 2009 wurde das Wasserkraftwerk Baguari in Brasilien feierlich eröffnet. Voith Hydro liefert für das 600 Kilometer nördlich von Rio de Janeiro gelegene Kraftwerk die komplette elektromechanische Ausrüstung mit vier Rohrturbinen. Das Kraftwerk Baguari ist das erste Wasserkraftprojekt, das unter dem nationalen Wachstumsprogramm "PAC" (*Programa de Aceleração de Crescimento* – Wachstumsbeschleunigungsprogramm) in Betrieb genommen wurde. Mit dieser Initiative will die Regierung das Bruttoinlandsprodukt Brasiliens bis 2010 um fünf Prozent steigern. Ein Schwerpunkt des PAC-Programmes ist der Ausbau der Stromversorgung. Wasserkraftwerke werden dabei im wasser- und flussreichen Brasilien eine entscheidende Rolle spielen, wo bereits heute über 75% des erzeugten Stroms aus der Wasserkraft kommen. Die Voith Hydro Maschinen wurden komplett in Brasilien gefertigt. Voith Hydro ist ein Konzernbereich von Voith und gehört zu den weltweit führenden AnbieterInnen im Bereich der Wasserkraft.

Aus der Selbstdarstellung von Voith: www.voithhydro.com/vh_de_referenzen_suedamerika.htm und www.voith.com/press/557092.htm



ten Methanausstoß verbunden. Dieses Gas übertrifft CO₂ in seiner Klimaschädlichkeit um ein Vielfaches. Hinzu kommt das durch die Abholzung des Regenwaldes freigesetzte CO₂.

Soziale Folgen

Auch die regionale Bevölkerung wird durch das Projekt schwere Schäden erleiden. Zwischen 20.000 und 40.000 Menschen werden vertrieben oder umgesiedelt, dazu kommt die Überlastung der ohnehin prekären Infrastruktur durch die ZuwanderInnen. Erfahrungsgemäß steigen dadurch Krankheitsfälle, Kriminalität, Landkonflikte, Prostitution und Drogenkonsum.

Trotz ihrer direkten Betroffenheit wurde die Bevölkerung bisher so gut wie nicht in den Entscheidungsprozess eingebunden. Öffentliche Anhörungen ähnelten eher Werbeveranstaltungen, boten keine Möglichkeit der Partizipation und gingen kaum auf die Sorgen der Bevölkerung ein. Sogar einstweilige Verfügungen infolge von Zivilklagen wurden ohne Widerlegung der Argumente in höherer Instanz aufgehoben. Vor Ort wird immer wieder von Mord-

drohungen, Einschüchterung und Difamierung berichtet.

Die Urwaldvölker sind die größten Verlierer

Besonders tragisch stellt sich die Situation für die indigene Bevölkerung dar. Mindestens zehn der 24 Ethnien, die am Rio Xingu auf traditionelle Art und Weise leben, sind betroffen, besonders die Juruna und Arara. Dennoch fand keine offizielle Anhörung dieser Völker statt, was laut nationalem und internationalem Recht eine Menschenrechtsverletzung ist und gegen die brasilianische Verfassung und internationale Übereinkommen verstößt.

Dabei stellt das Amazonasgebiet das letzte Refugium der indigenen Bevölkerung Brasiliens dar, die bis heute stark benachteiligt ist. Laut IBGE leben 38% der Indigenen in extremer Armut. Nach Plänen der Regierung Lula sollen im Amazonasgebiet 80 weitere Megadämme folgen. Beim Projekt Belo Monte geht es folglich nicht nur um den Rio Xingu und seine BewohnerInnen sondern um die Zukunft des gesamten Amazonasgebietes und seiner indigenen BewohnerInnen.

Doch die Indigenen wehren sich: Schon 1989 und auch jetzt wieder seit 2008 gab es große Treffen hunderter Indigener und mehrerer tausend MitstreiterInnen. Auch prominente UnterstützerInnen konnten gewonnen werden, al-



Andritz-Gruppe

Die ANDRITZ-GRUPPE ist einer der weltweit führenden LieferantInnen von kundenindividuell maßgeschneiderten Anlagen, Systemen und Dienstleistungen für Wasserkraftwerke, für die Zellstoff- und Papierindustrie, die Stahlindustrie sowie andere Spezialindustrien (Fest-Flüssig-Trennung, Futtermittel und Biomasse).

Aus der Selbstdarstellung von der Andritz-Gruppe: [www.andritz.com/de/ANONID501F4EFF50C47C0C/about-us.htm?="](http://www.andritz.com/de/ANONID501F4EFF50C47C0C/about-us.htm?=)

len voran damals der Popsänger Sting, heute der Avatar-Regisseur James Cameron und die SchauspielerIn Si-gourney Weaver.

Erst Anfang August haben 35 indigene Völker aus verschiedensten Regionen zusammen mit FlussanwohnerInnen und KleinbäuerInnen in Altamira diskutiert und einen friedlichen Marsch gegen Belo Monte veranstaltet. Die zunehmend organisierte Bewegung tut sich allerdings schwer, gegen mächtige politische und wirtschaftliche Interessen anzukommen.

Trotz übereinstimmender Ziele der indigenen Völker, die ihren Lebensraum vor Invasion und Zerstörung schützen wollen, gestaltet sich die Kooperation zwischen den Stämmen, die in der Vergangenheit teils im Konflikt standen, als sehr schwierig. Die Völker werden schlecht informiert und sind zutiefst verunsichert. Dazu kommt ihre schwache soziale und finanzielle Lage, die ihre Einflussmöglichkeiten stark reduziert und sie anfällig für Bestechungsversuche macht, von denen wiederholt die Rede ist. So bröckelt der Widerstand, ein geplantes vereintes Indigenendorf auf dem Bauort kam nicht zustande. Doch können die Indigenen auf die Unterstützung hunderter nationaler und internationaler Organisationen zählen, die sich vereint dem Wasserkraftwerk entgegen stellen. Immer wieder werden gemeinschaftliche Protestbriefe versandt, zuletzt an die Banco do Brasil gegen eine mögliche Finanzierung und an den Präsidenten

Lula wegen Wortbruchs gegenüber der Zivilgesellschaft.

Internationale Beteiligung trotz Gesetzeswidrigkeiten

Denn trotz der genannten Unstimmigkeiten wurde die Baulizenz nun im Schnelldurchlauf erteilt: Ende August hat die Regierung das Erteilungsdekret und den Konzessionsvertrag für den Bau des Kraftwerks Belo Monte mit der Betreiber-gesellschaft Norte Energia unterschrieben. Norte Energia ist ein Konsortium aus 18 Partnern, wobei auffällt, dass das staatliche Energieunternehmen Eletrobrás und seine Tochterfirmen einen Anteil von 49,98% halten. Die Konzession erfolgte, ohne die gesetzlich vorgeschriebene Installationslizenz vom IBAMA abzuwarten und obwohl noch 15 Gerichtsverfahren gegen die unrechtmäßige Umsetzungspraxis des Projekts anhängig sind. Die Regierung will sogar unter Umgehung der Umweltbestimmungen eine partielle Installationslizenz vorziehen und so unumkehrbare Fakten schaffen.

Ganz offensichtlich werden hier gesetzliche Regelungen missachtet. Doch dies hält neben russischen, japanischen und argentinischen auch europäische InvestorInnen nicht davon ab, auch ihr Stück vom Kuchen haben zu wollen. Ein europäisches Konsortium aus weltweit führenden AusrüsterInnen für Wasserkraftwerke, nämlich dem französischen Alstom-Konzern, der österreichischen Andritz AG und Voith-



Siemens aus Deutschland ist daran interessiert, die Turbinen zu liefern und hat nach Berichten aus der brasilianischen Presse bereits den Zuschlag für die Großturbinen und weitere kleinere Turbinen erhalten. Das Konzerninteresse stößt auf internationale Kritik, u.a. hat Rettet den Regenwald eine Protestaktion gestartet, die an die soziale und ökologische Verantwortung der Unternehmen appelliert. Denn nicht einmal die Effizienz des Kraftwerks ist gesichert: Aufgrund von Wasserknappheit könnten im Jahresdurchschnitt nur ca. 40% des Stromes produziert werden. Einer Studie des Instituto Tecnológico de Aeronáutica zufolge würde Belo Monte nur mit einer Wahrscheinlichkeit von 28% über die ersten 50 Jahren rentabel laufen. Da private InvestorInnen zögerlich bleiben, hat sich der Staat bereit erklärt, nahezu das ganze Projekt zu finanzieren, offenbar zu jedem Preis.

Es bleibt die Frage, ob es wirklich notwendig ist, diese massiven sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Risiken einzugehen. Tatsächlich zeigt eine Untersuchung des WWF, dass Brasilien durch Investitionen in Energieeffizienz seinen Energiebedarf um 40 Prozent reduzieren könnte. Dies entspräche 14 Belo Monte-Kraftwerken. Ein weiteres riesiges Sparpotenzial ist Energie-ExpertInnen zufolge die Vermeidung von Übertragungsverlusten beim Transport des Stromes, die derzeit ca. 15% betragen, während der internationale Standard bei 6% liegt. Durch die Modernisierung alter Wasserkraftwerke könnten zusätzlich ca. 7.600 MW gewonnen werden. Außerdem besitzt das Land ein riesiges Potenzial für die umweltfreundlicheren Alternativen Wind- und Sonnenenergie, deren fehlende Erschließung ein eklatantes Versäumnis ist. Einer Studie des brasilianischen Forschungszentrums

zufolge könnte die derzeit installierte Windkraft von 650 Megawatt auf 350 Gigawatt (!) ausgebaut werden.

Erst kürzlich wurde, inspiriert vom Vorbild Barcelonas, dem Bürgermeister São Paulos ein Gesetzesprojekt vorgeschlagen, die Installation von Solarzellen bei allen Neu- und Umbauten verbindlich vorzuschreiben. All dies würde große Staudambbauten unnötig machen.

Es mangelt also nicht an alternativen Ideen, sondern vielmehr am politischen Willen, der stark von großen Interessengruppen abhängig ist. Es wäre wünschenswert, dass zumindest Europa diese Klientelpolitik nicht in Form seiner Großkonzerne unterstützt und somit zum Schutz des bedeutenden Naturerbes des Amazonas beiträgt.



Gentechnische Produkte ohne Ende

VON ANDREA LAZZARINI SALAZAR AUS ENVOLVERDE, 06.09.2010, WWW.ENVOLVERDE.COM.BR, GEKÜRZT

Heute steckt in einer brasilianischen Sojapflanze 50 Mal mehr Gift als noch 1998. Die enorme Zunahme bei der Verwendung von Agrargiften macht deutlich, dass diese und die Genprodukte Teil ein und desselben Modells sind, bei dem eine kleine Gruppe großer Unternehmen den Saatgut- und Pflanzen(Schutz)mittel-Markt dominiert.

Die Einführung gentechnisch veränderter Produkte in Brasilien ist ganz klar offiziell abgesegnet. Dies begann in der Regierungszeit von Fernando Henrique Cardoso, und nahm während Lulas Amtszeit mit der Legalisierung des geschmuggelten Sojas [2003, Anm. d. Red.] Fahrt auf. Ihren Höhepunkt hatte sie mit der Bewilligung des transgenen Maises von Bayer, Monsanto und Syngenta [im Jahr 2007, Anm. d. Red.]. Letzteres geschah entgegen dem Fachverständnis der Gesundheitsbehörde Anvisa und der Umweltbehörde Ibama. Anstatt das Vorgehen und Verfahrensweisen in Fragen der Biosicherheit festzulegen, genehmigt der Staat ohne angemessene Analyse der Umwelt- und

Gesundrisiken und ohne Berücksichtigung sozialer und wirtschaftlicher Folgen Freigaben von Genprodukten. Eine öffentliche Debatte wird ebenso verhindert wie Transparenz in den Handlungen des Staates.

Einundzwanzig transgene Pflanzen wurden seit der Verabschiedung des ersten Biosicherheitsgesetzes 1995 bis Juni 2010 unter der Gültigkeit des neuen Gesetzes [seit 2005, Anm. d. Red.] autorisiert. Elf Mais-Varianten, vier Sojasorten und sechs Baumwollarten, davon 80% von Monsanto, Syngenta und Bayer. 90,4% davon wurden zwischen 2008 und 2010 bewilligt. Es ist schwierig, neunzehn Freigaben für Anbau und Handel in einer so kurzen Zeitspanne nachzuvollziehen, während immer mehr Studien die Lügen aufdecken, mit denen LandwirtInnen und Regierungen von den Vorteilen des transgenen Saatguts überzeugt werden sollten. Je mehr Belege für die Probleme im Zusammenhang mit der Nutzung gentechnisch veränderter Produkte auftauchen, und je stichhaltiger diese sind umso mehr scheint die Regierung daran zu arbeiten, die Autorisierungen um jeden Preis zu garantieren.

Aktion zu Agrargiften in Südbrasilien

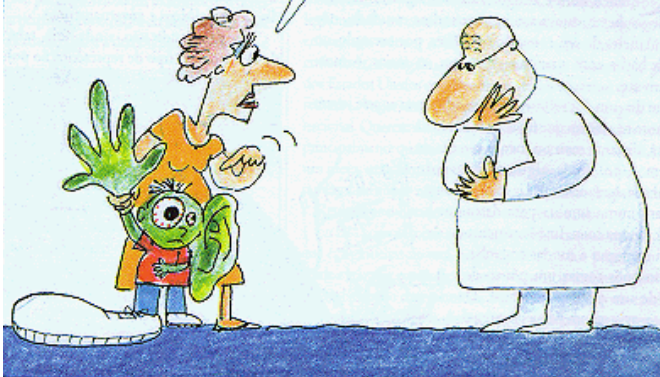
Die südbrasilianischen BäuerInnen sagen „Chega“ – Es reicht! Sie kämpfen für ihr Recht, biologisch produzieren zu dürfen und wehren sich gegen die Verunreinigung ihrer Produktion mit Pestiziden durch konventionelle Nachbarfelder. Das hochgiftige Pestizid Endosulfan ist in Deutschland schon seit 1991 verboten und wird auch von der brasilianischen Gesundheitsbehörde ANVISA als extrem gesundheitsschädlich eingestuft. Erfunden und bis 2007 auch produziert wurde es von Bayer, heutige Hauptproduzenten sind Indien, China und Israel. Gemeinsam mit der Fairtrade Firma gebana haben die BäuerInnen eine Kampagne gestartet und fordern das sofortige Verbot der Agrargifte Endosulfan, Paraquat und Methamidophos in Brasilien. Auch das Pestizid-Aktionsnetzwerk PAN e.V. unterstützt die Kampagne.

Auf www.cheqa.org kann man die Petition zeichnen und an die brasilianische Regierung schicken. Außerdem gibt es hier weitere Informationen zum Sojaanbau und zur Kampagne.



Ao comprar alimentos transgênicos para seu filho exija o antídoto!

FIQUEU DESSE JEITO DEPOIS DE COMER PRODUTOS TRANSGÊNICOS - O SENHOR ACHA QUE SE EU LHE DER DOSES DE HERBICIDA DA MONSANTO ELE VAI VOLTAR AO NORMAL?



Quelle: pjedmundoqueiroz.blogspot.com

Wenn Sie Genprodukte für Ihre Kinder kaufen, verlangen Sie nach dem Gegenmittel!

„So ist er, seit er genmanipulierte Produkte gegessen hat. Was meinen Sie: Wird er wieder normal, wenn ich ihm Herbizid von MONSANTO gebe?“

Steigender Absatz von Agrargiften

Das transgene Saatgut führt zu verstärkter Nutzung von Agrargiften – ganz im Gegensatz zu dem, was die Biotechnik-Firmen immer behauptet haben. Aus diesen (und natürlich auch aus anderen) Gründen ist Gentechnik schädlich für Umwelt und Gesundheit. Die transgene Sojabohne [*Roundup Ready, von Monsanto, Anm. d. Red.*] ist resistent gegen das Herbizid Roundup, das ebenfalls von Monsanto hergestellt wird und Glyphosat enthält. Nachdem die Gensoja in Brasilien zugelassen wurde, stieg der Verkauf von Glyphosat signifikant an – von 60.000 auf 110.000 Tonnen zwischen 2004 und 2007.

Heute ist 50 Mal mehr Glyphosat in einer brasilianischen Sojabohne enthalten als noch 1998. Die Freigabe von Gensoja in Brasilien war damals an einem juristischen Einspruch geschei-

tert. Am Vortag der damals geplanten Liberalisierung hatte die Gesundheitsbehörde Anvisa erlaubt, dass Soja 10 Mal mehr Glyphosat-Rückstände enthalten dürfe – von ursprünglichen 0,2 ppm (0,2 pro Million) dann also 2,0 ppm. 2004 schließlich, nach der tatsächlichen Zulassung von Gensoja, wurde die Grenze auf 10 ppm erhöht.

Darüber hinaus

werden im Sojaanbau immer öfter andere, noch stärkere Gifte benötigt, da das Unkraut inzwischen gegen das Glyphosat immun ist. Es sind solche wie das 2,4-D, Inhaltsstoff des im Vietnamkrieg eingesetzten Entlaubungsmittels Agent Orange, sowie Paraquat und Atrazin, die in Europa verboten sind. Inzwischen liegt der brasilianischen Kommission für Biosicherheit CTNBio sogar ein Zulassungsantrag der Firma Dow Chemicals über eine gegen 2,4-D resistente Gensoja vor. Dennoch verteidigt der derzeitige Präsident der Kommission, Edilson Paiva, Doktor in Molekularbiologie und damals schon Mitglied der CTNBio, den Wirkstoff. Er behauptet, dass „die Menschen das Glyphosat sogar trinken könnten ohne zu sterben, da wir Menschen einen anderen Stoffwechsel als Pflanzen haben.“

Konzentrierter Markt

Wie schon erwähnt, dominiert eine kleine Anzahl an großen Unternehmen den Saatgut- und Pflanzenmittelmarkt. Die Abhängigkeit der LandwirtInnen ist schon spürbar. Ein Teil von ihnen, der anfangs bedingungslos die Nutzung von transgenem Saatgut unterstützte, äußert inzwischen unverhüllt seine Kritik und hinterfragt die übermäßigen Lizenzgebühren und überteuerten Preise für die Pflanzenmittel.

Die LandwirtInnen haben auch Schwierigkeiten bei der Beschaffung von konventionellem [*gentechnisch unverändertes, Anm. d. Red.*] Saatgut, da der Markt konzentriert in den Händen weniger Firmen liegt – Monsanto, Dupont, Syngenta und Bayer. Berichten zufolge ist der Erwerb von Sojabohnen an die Gentechnik gekoppelt: um 15% des konventionellen Soja zu erhalten, ist es nötig, auch 85% des transgenen zu kaufen. Im Fall von Mais sind heute von vier neuen Samen auf dem Markt drei gentechnisch verändert.

Blinde Bewilligungen

Nach der Liberalisierung des Soja von Monsanto durch zwei einstweilige Verfügungen im Jahr 2003 reduzierte Lula später [*im Jahr 2008, Anm. d. Red.*] auch noch die für kommerzielle Freigaben von Genprodukten notwendigen

Mehrheiten. War ursprünglich für die Freigabe von Genprodukten zum Handel und Konsum eine Zweidrittelmehrheit in der CTNBio erforderlich, so müssen nach dieser Entscheidung nur noch vierzehn der 27 Mitglieder der CTNBio einer Freigabe zustimmen. Seither wird die begründete Kritik der WissenschaftlerInnen an den unzureichenden Risikoanalysen notorisch ignoriert. Zulassungen werden gegen die (Minderheits-)Stimmen von Gesundheits- und Umweltministerium und anderen SpezialistInnen und VertreterInnen der Zivilgesellschaft durchgesetzt. Es herrscht eine Logik der Biotechnologie, nicht die der Biosicherheit.

Bei der Prüfung greift die Kommission nur auf unveröffentlichte, nicht von unabhängigen Stellen geprüfte Studien zurück, die von den antragstellenden Unternehmen in die Wege geleitet (und oft auch durchgeführt) werden. Von den zugelassenen gentechnisch veränderten Samen enthalten viele resistente Gene gegen Antibiotika, deren Nutzung von der Internationalen Gesundheitsorganisation WHO, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und anderen wissenschaftlichen RatgeberInnen, wie z.B. der Europäischen Kommission nicht empfohlen wird. Aber das schert die CTNBio nicht.

Ein anderes heikles Thema sind Interessenskonflikte [*gemeint ist die Tatsa-*

Aus der Selbstdarstellung von Bayer

Bayer ist eine Firma, die in den Bereichen Gesundheit, Agrar und neue Materialien tätig ist.

Brasilien ist der größte nationale Markt, auf dem sich Bayer in Lateinamerika engagiert. Die Aktivitäten von Bayer in Brasilien machten 2008 einen Anteil von 39% am Gesamtumsatz in Lateinamerika aus. Bayer CropScience liegt in Brasilien an erster Stelle, gefolgt von Bayer HealthCare. 1896 begann die Erfolgsgeschichte von Bayer in Brasilien, als die erste „Tochterfirma“ gegründet wurde – Walty Lindt & Cia – die die Produkte von Bayer in Brasilien repräsentierte.

<http://www.bayer.de/de/lateinamerika-afrika-nahost.aspx> und http://www.bayer.com.br/scripts/pages/pt/grupo_bayer/perfil_e_estrutura_brasil/index.php



che, dass viele Mitglieder der CTNBio auch schon für Gentechnik-Konzerne gearbeitet haben und wieder arbeiten werden, und daher häufig eher die Interessen der Genkonzerne vertreten als tatsächlich die Biosicherheit zu prüfen, Anm. d. Red.]. Die Mitglieder der CTNBio müssen nur eine allgemeine Selbsterklärung unterschreiben. Nach Lia Giraldo da Silva Augusto, Ex-Mitglied der Kommission „besteht die CTNBio ... in ihrer Mehrheit aus Fachleuten der Biotechnologie, die direkt an ihrer weiteren beruflichen Karriere interessiert sind. Es gibt in der Kommission wenige SpezialistInnen für Biosicherheit, die in der Lage wären, die Risiken für Gesundheit und Umwelt abzuschätzen“. Und sie fährt fort: „In der alltäglichen Praxis der CTNBio dominieren vorgefasste Beschlüsse und Küngeleien, bei denen Fragen der Biologischen Sicherheit als Hindernisse für den Fortschritt der Biotechnologie interpretiert werden. Dass die Vernunft in der CTNBio zur Disposition gestellt wird, beruht auf den Gesetzen des Marktes“.

Die Verunreinigung durch Genprodukte ist in akademischen Kreisen einer der am häufigsten diskutierten Aspekte der Gentechnik – für die CTNBio ist sie nicht einmal eine Frage der Biosicherheit. Hier überwiegt das Verständnis, dass Verunreinigungen kein Problem mehr seien, sobald die Kommission eine Pflanze erst einmal als sicher eingestuft

hat. Es wird keine Rücksicht genommen auf Biodiversität und Erhaltung traditioneller Sorten, auf das Recht der KonsumentInnen und BäuerInnen auf gentechnikfreie Lebensmittel.

Die ersten Liberalisierungen von Mais erfolgten ohne jegliche Maßnahmen zur Vermeidung von Kontaminationen. Aber die Justiz verfolgte den Einspruch der NGOs (ANPA, AS-PTA, Idec und Terra de Direitos) und setzte die Liberalisierungen aus, bis Regeln der Koexistenz geschaffen wären. Die CTNBio reagierte nur unter Druck und mit einer völlig unzureichenden Regelung zur „Isolation“ des Maises [*Es wurde ein Abstand von lediglich 100 Metern bzw. 20 Metern plus 10 Schutzreihen zu nicht gentechnisch verändertem Mais etabliert, was nachgewiesener Maßen eine Bestäubung dieser Pflanzen nicht verhindert. Anm. d. Red.*].

Ein weiterer Punkt ist die Kennzeichnung gentechnisch veränderter Produkte: Für das brasilianische Verbraucherinstitut IDEC, das seit 1997 die Entwicklungen im Bereich Gentechnik verfolgt und das sich vor allem für das Informationsrecht der Menschen einsetzt, ist die von der Regierung geduldete Mißachtung der Kennzeichnungspflicht durch die Nahrungsmittelindustrie völlig inakzeptabel. Die meisten Gesetzesvorhaben, die die KonsumentInnen ihres Rechts auf Information berauben und die Kennzeichnungs-

BASF

Der deutsche Chemie- und Gentechnik-Konzern hat jüngst seine weltweit erste Anbauzulassung für eine gentechnisch veränderte Pflanze bekommen. Der Konzern darf in Brasilien ab der im September 2010 beginnenden Anbausaison seine herbizidtolerante Gen-Sojabohne Cultivance für die kommerzielle Nutzung vertreiben. Die brasilianische Kommission für Biosicherheit CTNBio erklärte, „dass die gentechnisch veränderten Sojabohnen den Vorgaben und Gesetzen zur Biosicherheit für Umwelt und Landwirtschaft entsprechen und für die Gesundheit von Mensch und Tier unbedenklich sind“.

Aus: <http://www.gen-ethisches-netzwerk.de/gjd/198/kurz-notiert-landwirtschaft-und-lebensmittel>



Syngenta

Das Unternehmen Syngenta ist im Jahr 2000 durch einen Zusammenschluss des Schweizer Unternehmens Novartis Agrobusiness mit dem britischen Unternehmen Zeneca Agrochemicals entstanden. Syngenta erforscht, produziert und vertreibt Pflanzenschutzmittel und Saatgüter. Syngenta Seeds Ltda. Brasilien ist eine rechtliche Niederlassung des Schweizer Konzerns und gehört zu 100 Prozent zur Schweizer Syngenta-Gruppe. Syngenta Seeds kaufte ein in der Gemeinde Santa Tereza do Oeste im Bundesstaat Paraná gelegenes 127 Hektar großes Grundstück. Das Unternehmen nutzte das Gelände u.a. als Forschungszentrum für Saatgut. Im Januar 2006 wurden die VertreterInnen der Landlosenbewegung MST darauf aufmerksam, dass das Unternehmen auf seinem Besitz Feldversuche mit gentechnisch manipuliertem Getreide durchführt. Das Versuchsfeld liegt nur 6 km vom weltbekannten Nationalpark Iguaçu entfernt und befindet sich damit innerhalb der 10 km breiten Pufferzone, in der nach damaligem brasilianischem Recht keine gentechnisch veränderten Pflanzen angebaut werden durften.

Aus: <http://www.boell.de/downloads/TransnationaleUvG-i.pdf>

pflicht abschaffen wollen, werden zu Hochzeiten der Genehmigung gentechnisch veränderter Produkte gestartet.

Politische Verantwortung delegiert

Der Nationale Rat für Biosicherheit [CNBS; *das eigentliche politische Organ zur Entscheidung über Gentechnikfragen, Anm. d. Red.*] setzt sich aus elf MinisterInnen zusammen, und seinen Vorsitz hatte bis vor kurzem noch Dilma Rousseff. Der Rat für Biosicherheit verfolgt eine arglistige Strategie: Er läßt die Freigaben einfach geschehen, indem er der CTNBio alle Befugnisse überträgt (auch diejenigen, die deren Zuständigkeitsbereich übersteigen). Damit rückt er die Kommission in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und stiehlt sich letztlich selbst aus der Verantwortung.

Und diese Kommission entscheidet nun über das Schicksal des transgenen Saatguts in Brasilien. Dieser Ausschuss hat die Entscheidungsmacht über den gentechnisch veränderten Reis von Bayer, der in keinem anderen Land angepflanzt wird und der Agrargifte enthält, die in Europa kurz vor einem allgemeinen Verbot stehen.

In dieser Konstellation ist die Aussage des Präsidenten der CTNBio, es gäbe "keinerlei wirtschaftlichen Druck" auf das Gremium, völlig unglaubwürdig. Die Einführung von gentechnisch veränderten Produkten in Brasilien ist, wie in ihrer Heimat, den USA, und auch in anderen Ländern eine Machtdemonstration großer Unternehmen. Hier in Brasilien zeigen die Entwicklungen, wie z.B. Gesetzesänderungen, Erlässe von Einstweiligen Verfügungen und andere offizielle Entscheidungen, dass dies völlig parteiunabhängig läuft: Von 1995, als in der Regierungszeit Cardosos das Gesetz der Biosicherheit abgesegnet wurde, bis zum Ende der Lula-Regierung 2010 hat sich die Talfahrt in Richtung einer generellen Freigabe von Genprodukten immer weiter beschleunigt. Man muss nicht meinen, dass dies allein die Schuld der CTNBio sei.

Weitere Informationen im Brasilicum-Artikel: „Die Multis scheren sich nicht um Genverseuchung“ (Nr. 180, Feb. 2009)



Expansion brasilianischer Unternehmen in andere Länder

AUS: ALEXANDER BUSCH, WIRTSCHAFTSMACHT BRASILIEN. DER GRÜNE RIESE ERWACHT. BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG, 2010, S. 85F, ORIGINAL: CARL HANSER VERLAG, MÜNCHEN, 2009.

Brasilianische Unternehmen sind von Natur aus hochproduktiv, wenn sie ins Ausland gehen. Außerdem wird der Binnenmarkt irgendwann zu eng – und Exporte lassen sich ab einem gewissen Punkt schwer steigern. Einige Beispiele: Die zwei führenden brasilianischen Baukonzerne Camargo Corrêa und Odebrecht haben sich starke ausländische Standbeine aufgebaut, weil der Staat in Brasilien zwei Jahrzehnte kaum noch in Infrastruktur investierte. Odebrecht etwa baut in Portugal Brücken, in Venezuela die U-Bahn und in den USA Staudämme. Andere brasilianische Konzerne folgen ihren KundInnen – und sichern sich mit Investitionen im Ausland die Wettbewerbsfähigkeit, weil dort der Zugang zu Technologie einfacher ist: Der Automobilzulieferer Sabó übernahm schon in den 90er-

Jahren Firmen in Deutschland, Österreich und Ungarn. Der brasilianische Marktführer für Dichtringe folgte damit seinen KundInnen in Brasilien wie Opel, VW oder Ford auf deren Heimatmärkte. Der brasilianische Stahlkonzern Gerdau nutzte die Krise der Branche in den USA und kaufte sich dort ein Unternehmen nach dem anderen. Die BrasilianerInnen bevorzugen kleine Stahlkocher, die oft mit Schrott statt Eisenerz gefüttert werden. So sind sie unabhängig von Erzminen und können in der Nähe ihrer KundenInnen produzieren. Nach zahlreichen Übernahmen, v.a. in Nordamerika und Lateinamerika, ist Gerdau heute der größte Anbieter von Langstählen für Bau und Landwirtschaft zwischen Alaska und Patagonien. Der Buskarossenbauer Marcopolo hat gerade mit dem indischen Marktführer Tata in einem Joint Venture eine Busfabrik eröffnet: Wenn die Fabrik 2013 auf vollen Touren 25.000 Fahrzeuge im Jahr ausspuckt, wird sie die größte Busfabrik der Welt sein. In Ägypten wird Marcopolo die nächste Filiale eröffnen. Fabriken hat der Konzern außerhalb Lateinamerikas in großen Emerging Markets wie Südafrika oder Russland.

Vier brasilianische Konzerne aus den

Bergbau: Vale in Mosambik, Nutzung von Kohle

Der Bergbaukonzern Vale hat für 35 Jahre die Lizenz für Kohlebergbau beim weltweit größten Kohlevorkommen. Etwa 5.000 AnwohnerInnen sind von den Aktivitäten betroffen. Sie wurden von Vale einbezogen und der Konzern bietet ihnen die Umsiedlung auf andere Ländereien an. Aber:

- „nur“ indirekt Betroffene des Projekts werden keine einzige Beihilfe erhalten
- der Verlust der kollektiven Ländereien wird nicht entschädigt
- das Umsiedlungsgebiet hat schlechtere Ausgangsbedingungen: Dort gibt es viel weniger Wasser und anstatt zwei Ernten im Jahr wird nur eine möglich sein
- der Wert der neuen Wohnplätze nach der Umsiedlung wird viel geringer sein
- Odebrecht wird die neuen Häuser bauen lassen, d.h. der Gewinn wird ins Ausland fließen

Da Vale und die BrasilianerInnen im Allgemeinen in Mosambik hohes Ansehen genießen, ist es schwierig, Kritik an ihnen zu äußern, da diese im Land kaum ernst genommen wird.

Odebrecht: Staudammprojekt PHASE in Ecuador

Mit Geldern aus einem Entwicklungsprojekt zwischen der equadorianischen Regierung und der brasilianischen BNDES (Banco Nacional de Desenvolvimento Econômico e Social, auf deutsch: Nationale Bank für Ökonomische und Soziale Entwicklung) baute der brasilianische Konzern Odebrecht während der Zeit von 1987 bis 1995 den Staudamm Daule-Peripa in Ecuador. Der Staudamm entstand ohne jegliche Wirkungsstudie. Das Geld kam nie in Ecuador an, denn es floss direkt von der BNDES an Odebrecht. Das Unternehmen hatte die Regierung Ecuadors zur Unterzeichnung der Verträge gedrängt, noch bevor die Finanzierung des Projekts geklärt war. Der Staudammbrbau brachte massive Veränderungen in der Nutzung von Land (und Wasser) mit sich: Waren vor dem Staudammbau noch 87% der Ländereien im Eigentum der lokalen Gemeinschaften, so besaßen diese nach dem Bau des Staudamms nur mehr 21%. Odebrecht wurde 2008 des Landes verwiesen, allerdings auf Grund von technischen Mängeln bei einem anderen Staudamm.

100 gelisteten Unternehmen hat Boston Consulting 2006 in die Elite der zehn globalen Herausforderer gewählt: Neben Vale und Embraer gehören dazu der Kompressorenhersteller Embraco und der Elektromotorenproduzent WEG.

Die Unternehmen sind erstaunlich global aufgestellt und erfolgreich auf dem Weltmarkt: So beschäftigt der Kompressorenbauer Embraco heute 10.000 MitarbeiterInnen weltweit – auch in Italien, China und Slowenien. Ein Viertel aller Kühlgeräte und –schränke weltweit werden mit der Technologie ausgestattet, die in Joinville entwickelt wurde. Embraco ist auf der Liste der Boston Consulting Group bereits heute einer der ganz wenigen echten Mulits aus den Emerging Markets. In der Nachbarschaft angesiedelt ist dort auch die Großgießerei Tupy mit 8.000 MitarbeiterInnen, die v.a. Motorenblöcke für die Kfz-Industrie weltweit produziert. Der Motorenbauer WEG aus dem nahe gelegenen Jaraguá do Sul ist einer der drei weltweit führenden Produzenten von Elektromotoren. Knapp 40% seines Umsatzes macht der Konzern im Ausland, mit eigenen Werken in China, Mexiko, Argentinien und Portugal. Eigene Fabrikanlagen in Indien und Russland sind geplant.

Gefahr des Agrarkolonialismus – Dreiecksgeschäfte für Biosprit

AUS DER: TAZ VOM 16.07.2010,
GERHARD DILGER

Brasilien und die EU wollen in Mosambik Zuckerrohr anbauen – als eine Art Wunderwaffe gegen Armut und Klimawandel. UmweltschützerInnen halten wenig davon. Regierungen und Konzerne aus Brasilien und der Europäischen Union wittern ein großes Geschäft: Sie wollen in Afrika Zuckerrohr und Ölsaaten anbauen, aus denen sich Agrotreibstoffe wie Ethanol oder Biodiesel gewinnen lassen. Es entstand eine trilaterale Erklärung über die "nachhaltige Entwicklung von Bioenergie" in Mosambik. Demnach soll eine Arbeitsgruppe das Potenzial des südafrikanischen Landes für die Produktion von "Biotreibstoffen und Biostrom" ermitteln und Projekte ausarbeiten, die mit öffentlichen und privaten Investitionen umgesetzt würden – selbstverständlich "nachhaltig". Eine ähnliche Dreieckszusammenarbeit sei auch mit anderen afrikanischen Ländern geplant, hieß es. Mit der EU wolle Brasilien eine "Allianz gegen





die Armut in Afrika und Lateinamerika" schmieden. Brasilianische Konzerne produzieren in Mosambik und verkaufen Ethanol von dort in die EU, denn die ehemalige portugiesische Kolonie muss keine hohen Importzölle für die EU zahlen. Gewinnerin ist neben den Konzernen die EU, dagegen sind wegen der radikalen Verdrängungspolitik und der Nahrungsmittelkonkurrenz KleinbäuerInnen und Arme in Mosambik die VerliererInnen. Die Agrosprit-Lobby argumentiert mit der Entstehung neuer Arbeitsplätze wohingegen die Umweltorganisation Friends of the Earth es für "unmoralisch und pervers" hält, in einem Land mit vielen Hungernden Zuckerrohr und die Ölpflanze Jatropha anzubauen, um damit Agrosprit für europäische Autos zu produzieren. In Mosambik werden bereits immer mehr KleinbäuerInnen von ihrem Land verdrängt und die Nahrungsmittelproduktion eingeschränkt, sagte Aktivistin Anabela Lemos.



Das Brasilien-Engagement von Multis aus dem deutschsprachigen Raum

Freitag – 03. Dezember 2010

- 18:00 Uhr Anreise und Abendessen
- 19:15 Uhr Begrüßung und Eröffnung
- 20:15 Uhr Brasilien nach den Wahlen

Samstag – 04. Dezember 2010

- 09:00 Uhr Unternehmensverantwortung und Extraterritoriale Staatenpflichten
- 10:30 Uhr Präsentation der Foren
- 10:45 Uhr Kaffee-/Teepause
- 11:00 Uhr Forumsarbeiten
- 12:30 Uhr Mittagessen
- 14:30 Uhr Fortführung der Forumsarbeiten
- 16:00 Uhr Kaffee-/Teepause
- 16:30 Uhr 20 Jahre Seminare des Runden Tisches!
- 17:30 Uhr Kontaktbörse für laufende Projekte. Moderation: KoBra
- 18:30 Uhr Abendessen
- 19:30 Uhr Andacht
- 20:30 Uhr Festa Brasileira

Sonntag – 05. Dezember 2010

- 09:00 Uhr Forumsberichte
- 10:30 Uhr Kaffee-/Teepause
- 11:00 Uhr Brasilianische Unternehmen im Ausland
- 12:30 Uhr Auswertung
- 13:00 Uhr Mittagessen, anschließend Abreise

Forum 1: Deutsch-brasilianische Nuklearkooperation

Forum 2: Landgrabbing und die Guarani-Kaiowá

Forum 3: Aktivitäten von Thyssen-Krupp im Bundesstaat Rio de Janeiro

Forum 4: Investitionen zum Staudammbau Belo Monte

Forum 5: Die Rolle multinationaler Unternehmen bei der Ausbreitung der Gentechnik und des Einsatzes von Agrargiften



RUNDER TISCH BRASILIEN



Weitere Informationen auf unserer Website www.kooperation-brasilien.org

Eine Initiative des Zusammenschlusses "Runder Tisch Brasilien". Mitglieder: Brot für die Welt, Stuttgart / Caritas International, Freiburg / CPT- Comissão Pastoral da Terra (Landpastoral), Goiânia, Brasil / Deutsches Carajás Forum DCF, Berlin / Evangelischer Entwicklungsdienst EED, Bonn / FIAN International, Heidelberg / Heinrich Böll-Stiftung, Berlin / HEKS – Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz, Zürich / Kindernothilfe, Duisburg / Mission Eine Welt, Neuendettelsau / Referat Entwicklung und Politik, Nürnberg / KoBra e.V., Bundesweiter Zusammenschluss der Brasilienolidarität, Freiburg / Misereor – Bischöfliches Hilfswerk, Aachen / MZF – Missionszentrale der Franziskaner, Bonn / Ökumenische Werkstatt, Kurhessen-Waldeck.

IMPRESSUM

Herausgeberin: Kooperation Brasilien – KoBra e.V., Freiburg im Breisgau, V.i.S.d.P.: Kirsten Bredenbeck
 Redaktion: Franziska Mayer, Kirsten Bredenbeck, Charlotte Wiesner. Übersetzungen: Franziska Mayer.
 Korrekturen: Charlotte Wiesner, Jule Westerheide. Layout: Fabiana Cenzi

Erscheinungsweise: jährlich 10 Ausgaben, davon 2 Doppelnummern. Auflage: 350 Exemplare
 Jahresabo: 16 Euro für Mailbezug, 20 Euro für Bezug per Post
 Bezug: KoBra - Kooperation Brasilien e.V., c/o iz3w, Kronenstraße 16a, 79100 Freiburg i.Br.,
 T 0761-600 69-26, F -28, info@kooperation-brasilien.org, www.kooperation-brasilien.org